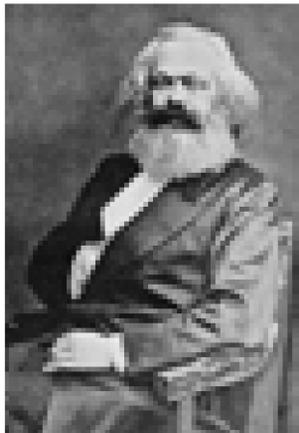


**150 Jahre
Sozialdemokratie.**





Karl Marx, ca. 1880.
Friedrich Engels, ca. 1845.
 Marx und Engels bilden ein brillantes intellektuelles Gespann. Während Marx stark von der Philosophie her denkt, ist es der Barmer Industriellensohn Engels, der die Effekte der Industrialisierung in die gemeinsame Lehre einbringt. Mit dem Aufstieg der Arbeiterbewegung beginnt Marx seine Wirkung voll zu entfalten: Er wird Teil der ideologischen Grundausrüstung der SPD.

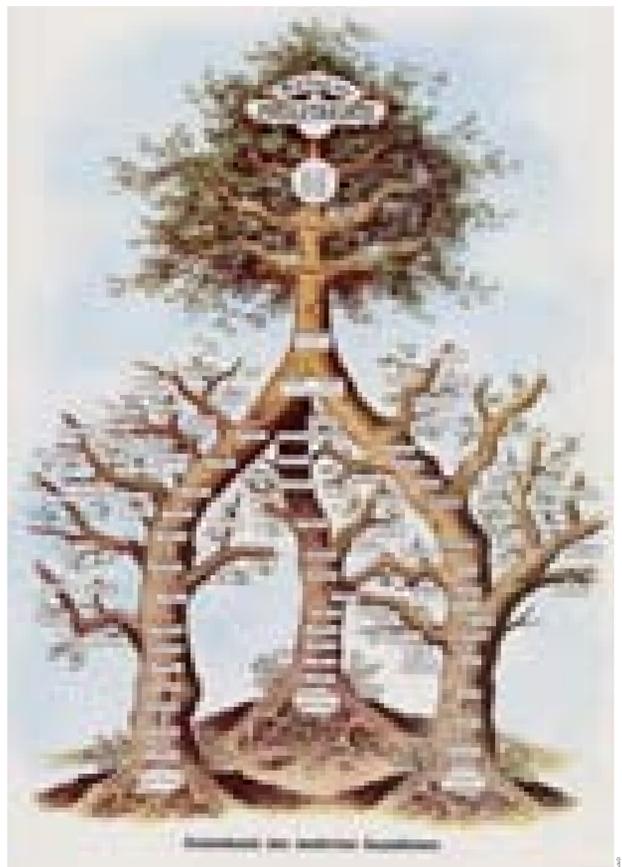


Kommunistisches Manifest, London 1848.
 Das erstaunliche kleine Pamphlet von wenigen Seiten ist mit seiner auftrüttelnden Rhetorik ein Meisterwerk der politischen Literatur.

1848 – Revolution in Europa

Im Februar 1848 greift der revolutionäre Funke von Frankreich auf ganz Europa über. Die vornehmlich bürgerliche Bewegung in Deutschland fordert eine konstitutionelle Verfassung, Pressefreiheit und die Wahl eines gesamtdeutschen Parlaments. »1848« steht für eine politische Revolution, die auch eine soziale Revolution war.

Das Jahr 1848 gilt auch als Initialzündung der deutschen Arbeiterbewegung. Der entscheidende Organisator dieser Vereinsbewegung ist Stephan Born. Im September 1848 organisiert Born in Berlin den Gründungskongress der Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung. Die Dachorganisation von 170 Ortsvereinen mit 15.000 Mitgliedern lehnt den revolutionären Umsturz ab und fordert stattdessen Tarifverträge, Arbeiterschutzgesetze und Krankenkassen: Grundanliegen der späteren Gewerkschaften. Nach 1848 werden die Aktivitäten der Arbeiterverbrüderung zunehmend verfolgt und schließlich durch das Verbot politischer Vereine 1854 endgültig unterbunden.



Stammbaum des modernen Sozialismus, ca. 1900.
 Die Genealogie, 1896 von Karl Kautsky und Eduard Bernstein entworfen, weist die Sozialdemokratie als genuin internationale Bewegung aus.
Im Hintergrund:
Karl Marx' Arbeitsort – Dome Round Reading Room, British Museum London.
The Trustees of the British Museum



Barradenkämpfe in Berlin, 1848.
 Die Barrikade wird zum zentralen Erinnerungsort von 1848. Auch in Berlin vollzieht sich der Umbruch nicht ohne Gewalt. In der Nacht zum 19. März errichtet die Menge Hunderte von Barrikaden, am Morgen zählt man 300 Tote.



Stephan Born, ca. 1848.
 In Deutschland bilden sich zwei Zentren der Arbeiterbewegung heraus: der Kreis um Karl Marx in Köln und die Gruppe um den Schriftsetzer Born in Berlin und Leipzig. 1848 ist die Resonanz, die Marx und Engels mit ihrer propagandistischen Arbeit finden, noch gering. Weit erfolgreicher sind sozialreformerische Kräfte, wie sie sich um Born versammeln.

Frankfurter Nationalversammlung.
 Der vielleicht revolutionärste Akt in Deutschland ist die Einberufung einer Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche am 18. Mai 1848. Hier werden individuelle Grundrechte formuliert, die bis in die Verfassung der Weimarer Republik und das Bonner Grundgesetz hinein fortleben.



Karikatur: Gegenrevolution in Europa.
 Nach harten Auseinandersetzungen 1848 gewinnen die Gegner der Revolution die Oberhand. Demokratisch gesinnte Handwerker, Arbeiter und Intellektuelle werden verfolgt, ihre Vereine verboten.

1848–1863



Fahne zum zehnjährigen Bestehen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1873.
Diese Fahne bezeugt eindringlich wie kaum ein anderes historisches Artefakt das Traditionsbewusstsein der SPD. Sozialdemokraten schützten ihr »Sozialistenbanner« selbst während »Sozialistengesetz« und nationalsozialistischer Verfolgung unter Gefahr von Leib und Leben.



Ferdinand Lassalle, ca. 1860.
Lassalle hatte sich schon 1848 politisch engagiert und war auch in der Arbeiterschaft bekannt. Deshalb baten ihn die Leipziger Arbeiter 1863 um Rat. In seinem »offenen Antwortschreiben« rief er zur Parteigründung auf.

Zwischen Staat und Revolution

Binnen weniger Jahre formiert sich in den liberal agierenden Staaten Sachsen und Thüringen die organisierte Arbeiterbewegung. In ihrem Zentrum steht Leipzig, wo am 23.05.1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) gegründet wird. Als ADAV-Präsident erhebt Lassalle das »allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht« für Männer zur wichtigsten politischen Forderung der Stunde. Er ruft die Arbeiter dazu auf, Genossenschaften zu gründen, die vom Staat unterstützt, den Sozialismus auf natürliche Weise erreichen sollen. Binnen eines Jahres zählt der Verein kaum 1.000 Mitglieder – und doch übt er eine erhebliche Wirkung auf die Arbeiterschaft aus.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), am 9. August 1869 in Eisenach auf Betreiben von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründet, entsteht als klare Gegenorganisation zum ADAV. Während Lassalle autokratisch herrscht, erproben Bebel und Liebknecht basisdemokratische Formen; wo der ADAV preußisch-national denkt, bekennt sich die SDAP zum proletarischen Internationalismus. Der entscheidende Unterschied aber ist programmatischer Natur: Während die Lassalleaner auf einen evolutionären Wandel von Staat und Gesellschaft setzen, fühlen sich die Eisenacher dem revolutionären Sozialismus mit negativem Staatsbegriff von Karl Marx verpflichtet.



Hotel »Zum Mohren«, Eisenach 1869.
Die frühen Sozialdemokraten des ADAV und des seit 1887 von Bebel geführten Vereinstag deutscher Arbeitervereine fechten ihre »Duelle« mit harten Bandagen aus, ideologisch wie handgreiflich. Auch die Umstände der SDAP-Gründung am 8. und 9. August 1869 sind turbulent: Nach den Auseinandersetzungen mit einer Gruppe von Lassalle-Anhängern muss die Tagung vom »Goldenen Löwen« in Eisenach in das Hotel »Zum Mohren« verlegt werden.



Arbeiterversammlung ca. 1869.
»Liebknecht ist da!« – Rufe wie dieser führen die Menschen scharenweise in die Gasthöfe. Bei großem Zustrom werden Tische und Stühle an den Rand geschoben, stehend verfolgt man die mehrstündigen Reden und Rededuellen. Auch Tabakqualm und Bierauschank führen zu einer erheblichen Verdichtung der Atmosphäre.



Gründungsversammlung der Internationalen Arbeiter Assoziation (Erste Internationale) in London, 28. September 1864.
Der 1863 gegründete Vereinstag (später Verband) deutscher Arbeitervereine schließt sich der Assoziation an. Die Statuten der aus dem Verband 1869 hervorgehenden Partei beruhen auf den von Karl Marx formulierten Statuten der Ersten Internationale.

Wilhelm Liebknecht (l.) und August Bebel (r.), 1870er Jahre.
Die beiden lernten sich 1865 im Leipziger Arbeiter-Bildungsverein kennen. Der Alt-48er und der junge Drechslergeselle fanden zu einem starken Gespann zusammen.



Im Hintergrund: Der zweite Kongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 12.–15. August 1871 in Dresden.
Nicht in der Arbeiterkluft geht man in den Verein, sondern im Sonntagsstaat. Auf Fotos symbolisieren Gesten des Unterhakens und auf Schultern gelegte Hände den freiwilligen Zusammenschluss unabhängiger Männer. Eines haben alle Abbildungen früher Arbeitervereine gemeinsam: Es sind Gruppenbilder ohne Dame.



Erstausgabe des »Vorwärts« vom 1. Oktober 1876.
Die in Leipzig gegründete Zeitung der SAPD ersetzt die bisher konkurrierenden Parteiblätter »Der Volksstaat« und »Neuer Social-Demokrat«. Entsprechend erscheint der »Vorwärts« unter gemeinsamer Leitung des Marxisten Wilhelm Liebknecht und des Lassalleers Wilhelm Hasenclever.

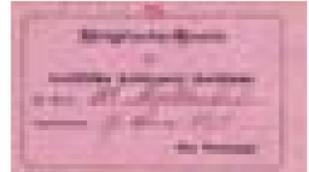
Staatsfeind Nr. 1

Erst die Erfahrung der zunehmenden Repression nach der Bismarck'schen Reichsgründung 1870/71 ebnet die zentralen Streitpunkte ein. Am 23. Mai 1875 entscheiden sich die Delegierten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Gotha nach mehreren Kampfabstimmungen für eine Fusion zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Sie wird sich 1890 in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) umbenennen. Der historische Kompromiss schlägt sich im Gothaer Programm nieder. Es stammt weitgehend aus der Feder Wilhelm Liebknechts und wirbt für eine sozialistische Gesellschaft, in der demokratische Grundrechte staatlich garantiert werden.

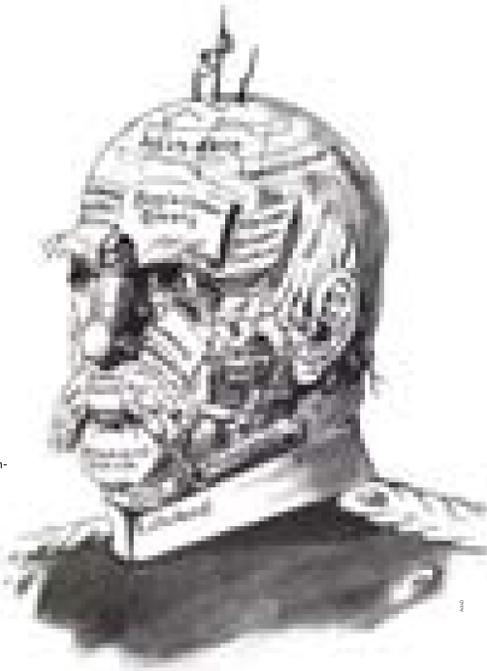
Mit dem »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« von 1878 öffnet Bismarck die Schleusen für eine massive Verfolgung durch den Staat: Versammlungen werden verboten, Gewerkschaften aufgelöst, Presseerzeugnisse eingestellt, Sozialdemokraten ins Ausland verbannt – oder, wie Bebel und Liebknecht, hinter Festungsmauern. Das »Sozialistengesetz« zwingt die Arbeiter, sich im eigenen Milieu abzuschotten.



»Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!«, ca. 1875.
Auf dem Schmuckblatt zur Erinnerung an die Einigung in Gotha bilden »Köpfe« der Bewegung zugleich die »Herz«-kammer, der Darstellung: die Kontrahenten Karl Marx und Ferdinand Lassalle im virtuellen Schulterschluss.



Mitgliedsausweis der SAPD, 1875.



Bismarck-Karikatur, 1879.
Der Holzschnitt von Robert Holoeh, erstmals in der sozialdemokratischen Satirezeitschrift »Der Wahre Jacob« publiziert, spottet über den Machtpolitiker Bismarck, dem das »Sozialistengesetz« gewissermaßen auf die Stirn tätowiert ist.



»Der rabiate August«: Bebel im Reichstag, Satirezeitschrift »Kladderadatsch«, 1903.
Paradoxerweise hat das »Sozialistengesetz« den Sozialdemokraten die Teilnahme an Wahlen nicht verboten. So kann der Reichstagsabgeordnete Bebel noch während seiner Festungshaft seine Wahlergebnisse verbessern.
Im Hintergrund:
August Bebel (r.), der Journalist Adolf Hepner und Wilhelm Liebknecht (im Zeugenstand) als Angeklagte beim Leipziger Hochverratsprozess, 1872.
Man verurteilt Liebknecht und Bebel aufgrund ihrer kritischen Äußerungen zum Deutsch-Französischen Krieg und zur Niederschlagung des Arbeiteraufstands in Paris zu je zwei Jahren Festungshaft.
Paradoxerweise hat das »Sozialistengesetz« den Sozialdemokraten die Teilnahme an Wahlen nicht verboten. So kann der Reichstagsabgeordnete Bebel noch während der Festungshaft seine Wahlergebnisse verbessern.

Hausdurchsuchung, ca. 1879.
Verfolgt, veremnt, verachtet zu werden, pflanzt den Sozialdemokraten nachhaltig das Bewusstsein des gesellschaftlichen Außenseiters ein, aber auch des Märtyrers und Helden.



SOZIALISTISCHE MONATSHEFTE

Herausgegeben von J. ...

Demonstration zum 1. Mai 1890 in Dresden.
1890 werden zum ersten Mal die von der Zweiten Internationale beschlossenen Maifeiern in vielen Ländern begangen. Sie sollen die internationale Solidarität der Arbeiter ausdrücken. Noch heute erinnert der Feiertag jedes Jahr daran, wie eng gewerkschaftliche Arbeitskämpfe und sozialdemokratische Politik von ihrem Ursprung her zusammenhängen.



Bebel spricht auf dem Mannheimer Parteitag im Rosengarten, 1906.
Die Frage nach Revolution oder Reform bestimmt auch die »Massenstreikdebatte«. Die SPD verständigt sich auf den Generalsstreik als politisches Kampfmittel, während die Gewerkschaften sich ihr Verhalten nicht vorschreiben lassen wollen. Auf dem Mannheimer Parteitag 1906 wird ein Formelkompromiss gefunden. Seitdem begegnen sich SPD und Gewerkschaften auf Augenhöhe.

Auf dem Weg zur Massenpartei

1890 fällt das »Sozialistengesetz«. Am Ende ist Bismarok gescheitert. Er hat die Bewegung nicht stoppen können, er hat sie radikalisiert. Auf dem Erfurter SPD-Parteitag 1891 wird ein neues Parteiprogramm beschlossen, in dem erstmals das Frauenwahlrecht eingefordert wird. Es beruht auf marxistischen Grundannahmen, verbindet diese aber mit konkreten sozialpolitischen Forderungen. Zugleich hat das »Sozialistengesetz« die Partei größer gemacht. Die SPD wird zu einer Massenpartei, bis 1914 wächst ihre Mitgliederzahl auf über eine Million an. Die Partei fordert die gleichberechtigte politische Teilhabe der Arbeiterschaft ein. Zugleich versucht sie deren Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern: Achtstundentag, Schaffung eines gerechten sozialen Sicherungssystems und das Verbot der Kinderarbeit gehören zu den zentralen Forderungen der SPD im Kaiserreich.

Im Umfeld von Gewerkschaften und Partei bildet sich ein dichtes Netzwerk aus Selbsthilfeorganisationen. Es sind diese Lebenszusammenhänge und Geselligkeitsformen des Milieus, in die sich Arbeiterfamilien wie von selbst verweben, in denen sie Heimat finden. Und die Bindekräfte dieses Milieus sind es auch, aus denen die SPD ihre politische Kraft zieht.



Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Paul Singer redet auf dem Kongress der Zweiten Internationale in Paris, 1900.
1889 versammeln sich erstmals Delegierte verschiedener sozialistischer Parteien aus ganz Europa in Paris, um einen neuen Versuch der internationalen Vernetzung zu starten. In regelmäßigen Konferenzen dominieren die Bemühungen um weltweite Solidarität und der Kampf um verbesserte Lebensbedingungen. Die Zweite Internationale zerbricht mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

Reichsparteischule der SPD, 1908.
Hier mit Rosa Luxemburg (stehend vierte von links), August Bebel (stehend fünfter von links) und Friedrich Ebert (links in der dritten Bank der rechten Reihe). Die Einrichtung der Parteischule 1906 zeigt eine neue Prosperität der Bewegung an. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs sorgen ihre Dozentinnen und Dozenten für die Professionalisierung der Partei.



Konsumverein in Hannover, ca. 1910.
Zwischen 1890 und 1900 kommt in der organisierten Arbeiterschaft das genossenschaftliche Wirtschaftsprinzip zum Durchbruch. Durch eigene Produktion oder Großeinkäufe von Gütern des täglichen Bedarfs und ausschließlichen Verkauf an Mitglieder bemühten sich Konsumvereine im ganzen Reich, ein Gegengewicht zur »Profitwirtschaft« zu schaffen.

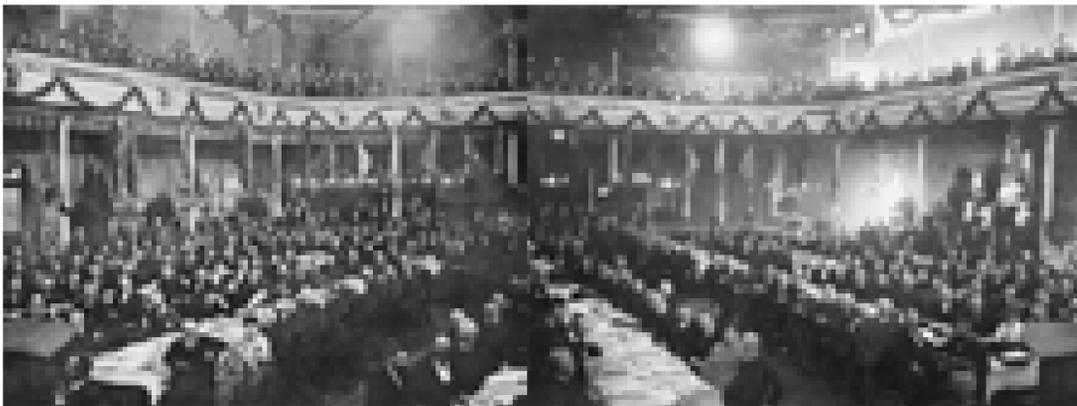


Die Arbeiterjugend als Bildungsbewegung. Postkarte, ca. 1905.
Wilhelm Liebknecht hatte bereits 1872 in seinem berühmten Vortrag »Wissen ist Macht« gefordert, die Schranken einzureißen, die der Arbeiterklasse den Zugang zu Wissen, Bildung und Kultur verwehrten.



SPD-Plakat zum Frauentag 1914.
Die Freundinnen Rosa Luxemburg und Clara Zetkin spazieren zur Tagungstätte des SPD-Parteitags, Magdeburg 1910. Die sozialdemokratische Delegierte Clara Zetkin fordert auf der zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen erfolgreich die Einführung des Internationalen Frauentags ein, der 1911 zum ersten Mal stattfindet.
Im Hintergrund:
Ein Austragungsort der Revisionismus-Debatte: Das Theorieorgan »Sozialistische Monatshefte«. Theorien und Programme bleiben für die SPD der Humus für ihr politisches Selbstverständnis und werden leidenschaftlich in der Öffentlichkeit diskutiert.

Bremer Parteitag 1904.



1863-1918

Paul Kampffmeyer
Dichtkunst / Max Hecker
1454 — Kunstgewerbe Paul
Wealthim 1457.

BR PAVL

3. Band des 16. (18.) Jahrgangs
Verlag der Sozialistischen Monatshefte G. m. b. H., Berlin

Wahlkampfplakat der SPD von 1912. Der »rote Siegfried« als Drachentöter, 1912.

Im Hintergrund: Sitzverteilung nach der Reichstagswahl, 1912.

Die SPD stellt 1912 die Ungerechtigkeit einer Klientelpolitik ins Zentrum des Wahlkampfes: Die Regierungsparteien verschaffen ihren Interessengruppen finanzielle Vorteile, die Masse des Volks geht fast leer aus. Die SPD erhält dafür vier Millionen Wählerstimmen und wird mit 110 Abgeordneten zur größten Fraktion im Reichstag. Die Triumphpostkarte spielt mit dem Heldenmotiv der Nibelungensage. Siegfrieds übermenschliche Kräfte deuten auf ein neues Machtbewusstsein der Arbeiterschaft hin.



Erfolg und Niederlage

Seit Mitte der 1890er Jahre hat die SPD ihre Organisation durch lokale Arbeitersekretariate ausgebaut und ihre Kommunikation mit vielen weiteren Zeitungsgründungen professionalisiert. Mit der Reichstagswahl von 1912 geht die Saat auf. Die SPD erlebt den größten Wahlerfolg ihrer bisherigen Geschichte: Sie wird zur stärksten Fraktion gewählt. Zugleich mobilisiert sie damit ihre Gegner und hat es schwer, ihre parlamentarische Stärke in politischen Einfluss umzusetzen.

Als im Juli 1914 der Erste Weltkrieg seinen Anfang nimmt, stimmen die SPD-Abgeordneten geschlossen für Kriegskredite. Karl Liebknecht, Sohn Wilhelm Liebknechts, stimmt am 2. Dezember 1914 erstmals als einziger der Fraktion dagegen. Innerhalb der SPD tut sich ein tiefer Graben auf: Im März 1916 werden die internationalistischen Kriegsgegner aus der Fraktion ausgeschlossen, im April 1917 kommt es zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD). Zunehmende Kriegsmüdigkeit und die Brutalität des Kriegs lassen die Mehrheitssozialdemokratie umdenken, zumal in ihren Hochburgen Berlin und Leipzig Massenstreiks gegen Krieg und Hunger ausbrechen.



Trauerzug zur Beerdigung August Bebel's in Zürich, 17. August 1913. Das triumphale Wahljahr 1912 markiert den Zenit und das Ende einer Epoche. Nur ein Jahr darauf stirbt August Bebel, die Lehr- und Wanderjahre der SPD sind vorbei.

Propagandabild, August 1914. Das Bild soll angesichts der Mobilisierung zum Ersten Weltkrieg eine allgemeine nationale Hochstimmung suggerieren. Für die SPD wird die Kriegsfrage zum Prüfstein und schließlich zum Spaltplatz der Partei.

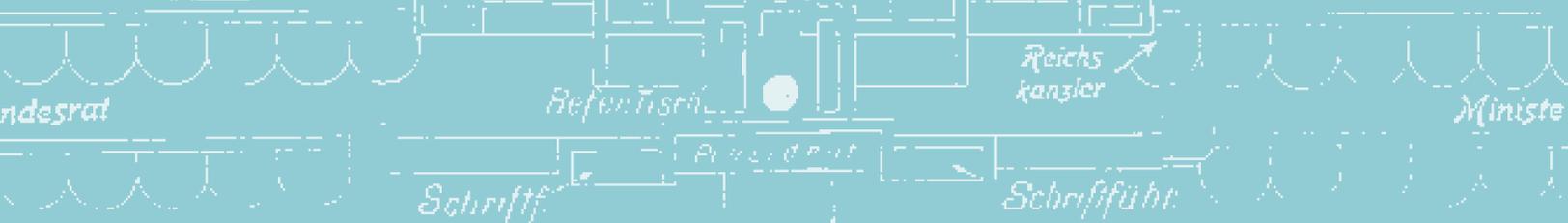


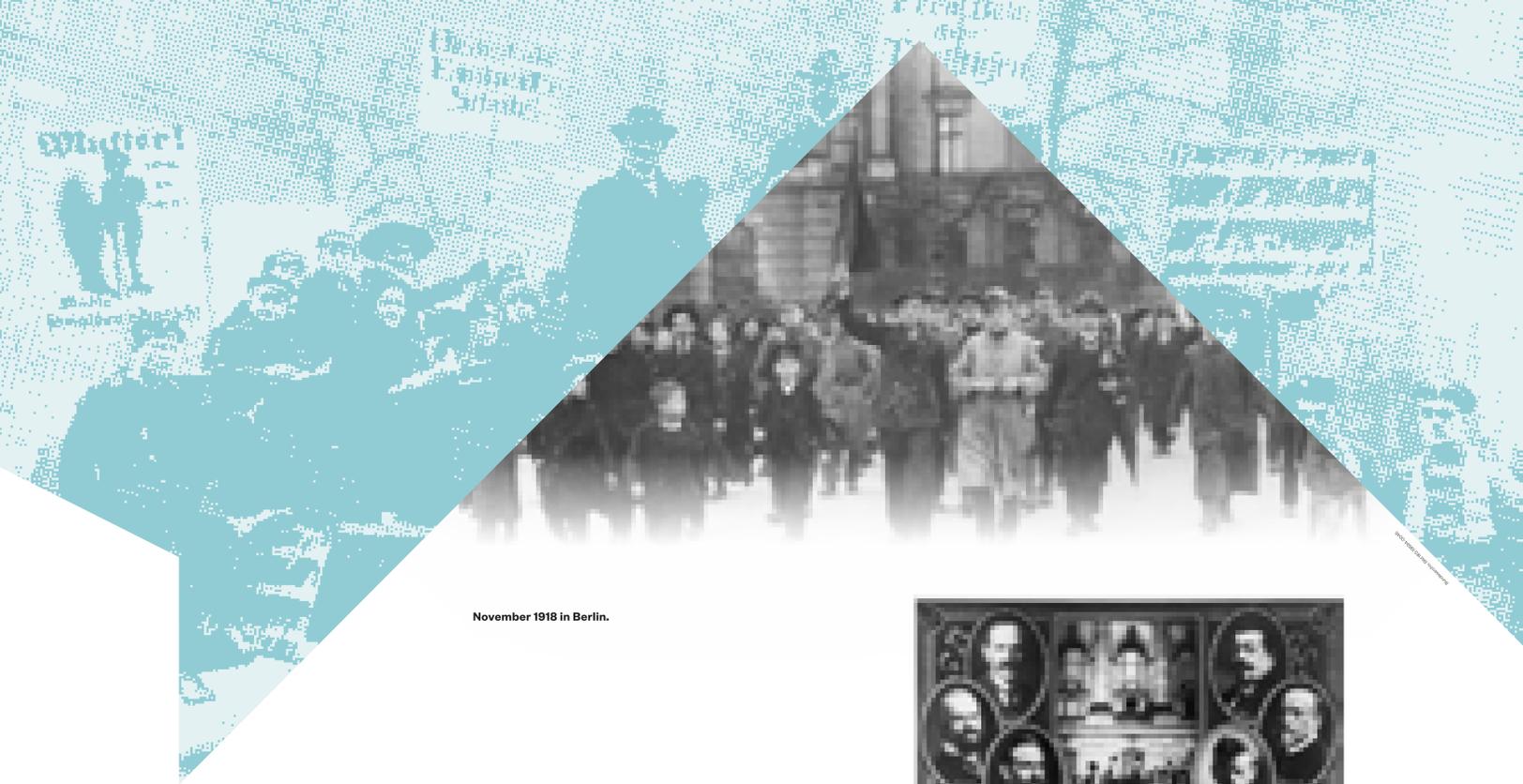
Gemeinsamer Aufruf von deutschen und französischen Sozialisten 1913.



Mission Frieden: Ankunft der deutschen Sozialdemokraten zur Friedenskonferenz in Stockholm 1917. 1917 unternehmen sozialistische Parteien und Gruppierungen aus verschiedenen Kriegsländern den Versuch, diplomatisch informell den Frieden zu verhandeln. Dabei bemühen sich die verschiedenen Flügel der Bewegung um Zusammenarbeit. Schließlich kommt die Konferenz nur als Rumpfkongress zustande, da viele Teilnehmer kein Visum für das neutrale Schweden erhalten.

1863-1918





November 1918 in Berlin.

Tage der Entscheidung 1918/19

Alles beginnt mit einer Meuterei. Heizer in den Stahlrumpfen der kaiserlichen Schlachtschiffe weigern sich, in einem letzten Gefecht des Ersten Weltkriegs einen »ehrvollen Untergang« zu suchen. Ihre Befehlsverweigerung ist die Initialzündung einer Revolution gegen den wilhelminischen Obrigkeitsstaat, die zunächst auf die Arbeiterschaft der Nordsee-Werften und dann innerhalb weniger Tage auf ganz Deutschland übergreift. Die Regierungsmacht geht an den Rat der Volksbeauftragten, der sich aus je Mehrheits- und Unabhängigen Sozialdemokraten zusammensetzt.

Friedrich Ebert stellt sich an die Spitze der Revolution, um sie in parlamentarische Bahnen zu lenken und in Deutschland eine demokratisch legitimierte Regierung zu bilden. Als Vorsitzender der Mehrheitssozialdemokraten setzt er sich für baldige Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung ein. In seinem Demokratieverständnis sieht er die Parlamentarisierung des Reichs politisch als den einzig gangbaren Weg. Aus der Wahl am 19. Januar 1919 geht die MSPD als stärkste Kraft hervor.



Postkarte des Rats der Volksbeauftragten zur Ausrufung der Republik, 1918.

9. November 1918, Philipp Scheidemann ruft von einem Fenster des Reichstags die »deutsche Republik« aus. Er ist Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, der unter gleichberechtigtem Vorsitz von Hugo Haase (USPD, oben l.) und Friedrich Ebert (MSPD, oben r.) gebildet wird. Zwei Stunden später proklamiert Karl Liebknecht, damals noch Mitglied der USPD, im Lustgarten »die freie sozialistische Republik«.

Straßenkämpfe im Berliner Zeitungs-viertel, Januar 1919.

Der Spartakusbund kämpft für die Fortsetzung der Revolution und die Schaffung einer Räterepublik nach sowjetischem Muster. Sein Aufstand wird im Januar 1919 durch Freikorps in Berlin blutig niedergeschlagen. Die auch die beiden Wortführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermorden. Bereits im Vorfeld des Aufstands entsteht aus dem Spartakusbund und dem linken Flügel der USPD die Kommunistische Partei Deutschlands.



Die Belegschaft der Sattlerei Conrad Scherz in Wesel, wo Ebert kurze Zeit arbeitet. Er steht rechts neben dem bärtigen Meister und hält ein Pferderrückengeschirr, 1888/89.

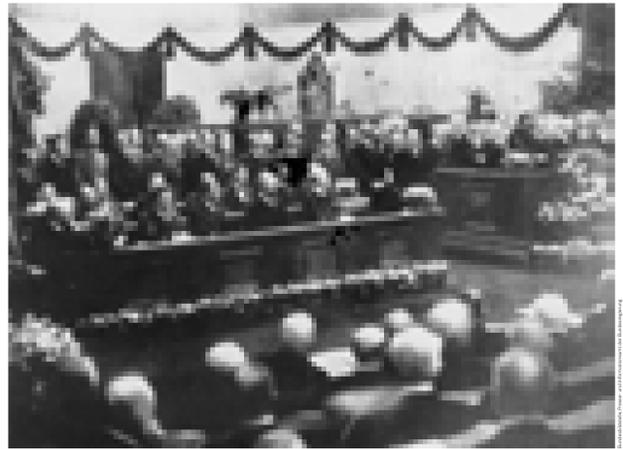
Friedrich Ebert wechselt nach seiner Sattlerlehre in die Arbeit für die SPD, ab 1893 als Journalist in Bremen, ab 1905 als Mitglied des Parteivorstands in Berlin. 1912 beginnt seine Karriere im Reichstag.

Im Hintergrund oben:

Wahlkampf in Berlin, Januar 1919.

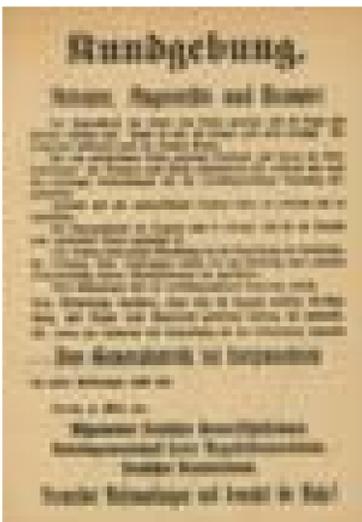
Unten:

Massendemonstration meuternder Matrosen der kaiserlichen Kriegsflotte, Kiel 1918.



Aufruf zum Generalstreik für den Erhalt der Republik.

Der Kapp-Putsch vom 13. März 1920 bringt die Weimarer Republik an den Rand eines Bürgerkriegs und zwingt die Regierung zur Flucht aus Berlin. Schon nach fünf Tagen kann der Putschversuch der Militärs niedergeschlagen werden, vor allem aufgrund des erfolgreichen Generalstreiks der Gewerkschaften.



Friedrich Ebert eröffnet die Nationalversammlung im Weimarer Nationaltheater am 6. Februar 1919.

Am 11. Februar 1919 wird Friedrich Ebert zum ersten Reichspräsidenten gewählt. Zusammen mit der Deutschen Demokratischen Partei und dem Zentrum bildet die SPD die sogenannte Weimarer Koalition.

SPD-Wahlkampfplakat 1919.

Was August Bebel schon 1879 in seiner höchst einflussreichen Schrift »Die Frau und der Sozialismus« gefordert hat, wird nun durch die Weimarer Reichsverfassung Wirklichkeit: Frauen wählen und stellen sich selbst zur Wahl. Die Emanzipation der Frau muss nicht länger von Männern verkündet werden.

in Bundesangelegenheiten durch die Organe der Länder auf Grund der Landesverfassungen ausgeübt.

Artikel 6. Das Reich hat die ausübende Gewalt über:

1. die Angelegenheiten des Ausland;
2. das Münzwesen;
3. die Staatsangehörigkeit, die Staatsbürgerschaft, die Auswanderung und die Naturalisierung;
4. die Reichsverfassung;
5. das Postwesen;
6. das Lotterwesen sowie die Einheit des Maßes und die Freizügigkeit der Waren;
7. das Post- und Telegraphenwesen, die Reichsbahn,

Artikel 7. Das Reich hat die ausschließliche Gewalt über:

1. das bürgerliche Recht;
2. das Strafrecht;
3. das gerichtliche Verfahren sowie die Verwaltung der Justiz;
4. das Währungsrecht;
5. das Patentrecht;
6. das Handelsrecht;
7. die Reichsfinanzverwaltung.



Veranstaltung der freien Turnergemeinschaft Reinheim, ca. 1927. Gegründet 1893, verstand sich der »Arbeiter-Turn- und Sportbund« als Gegenbewegung von Sportbegeisterten aus der Arbeiterschaft gegen die nationalistischen und Arbeiter ausgrenzenden bürgerlichen Sportvereine. Die Arbeitersportbewegung erlebt in den 1920er Jahren einen rasanten Aufstieg. Die Arbeiterkulturbewegung bietet in den 1920er Jahren ein lückenlos verflochtenes Netz von Vereinigungen und Aktivitäten, die alle Lebensbereiche der Arbeiter durchdringen.

Das soziale Leben

In der Weimarer Republik erhält der moderne Sozialstaat seine entscheidenden Impulse. Bereits die Reichsverfassung aus dem Jahr 1919 spiegelt das wohlfahrtsstaatliche Verantwortungsgefühl der Republikgründer wider. Es ist der Gestaltungswille von Sozialdemokraten, der einer reichsweiten Sozialpolitik zum Durchbruch verhilft, während zugleich die Arbeiterselbstorganisation ihren Höhepunkt erlebt. Ein modernes Fürsorgerecht löst die althergebrachte Armenpflege ab. Die Absicherung von Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall und Altersvorsorge wird solidarisch organisiert und 1927 durch die Arbeitslosenversicherung erweitert. Zudem entwickelt die SPD in Städten und Gemeinden eine beispielhafte Kommunal- und Wohnungsbaupolitik. Auch in den Arbeitsbeziehungen gelangen Fortschritte. Ein bereits 1918 geschaffenes modernes Tarifvertragssystem wird durch ein Gesetz zur Gründung von Betriebsräten ergänzt.

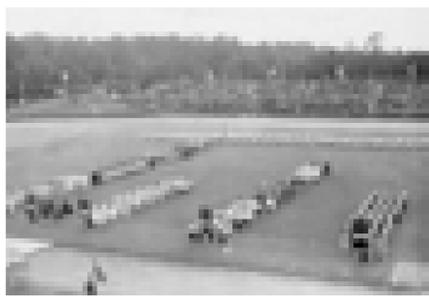
Die Weltwirtschaftskrise von 1929 stellt die Weimarer Republik mit ihren sozialpolitischen und demokratischen Institutionen auf eine harte Probe. Heftige Diskussionen entbrennen zum Verhältnis von Wirtschaft und Demokratie.

Kurt Löwenstein, Gründer der »Kinderfreunde«, in einem Zeltlager mit Kindern, ca. 1928. Auch in den Arbeitervereinen finden sich Ansätze einer alternativen Lebensweise, wie sie die bürgerliche Lebensreformbewegung seit der Jahrhundertwende propagiert. Die Idee der Bildung wird im Kontext der Reformpädagogik als alternatives Lernen weitergedacht und in ganzheitliche Ansätze gegossen. Mit der Gründung der Sozialistischen Erziehungs-Internationale entwickelt sich die sozialistische Jugendarbeit weiter und differenziert sich durch die Gründung der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde 1923 aus.

Zeltlager der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, 1929. Seit 1904 haben sich Arbeiterjugendvereine gegründet, im Jahr 1923 schließen sich die sozialdemokratischen Vereine auf Reichsebene zur Sozialistischen Arbeiter-Jugend zusammen. Sie ist neben der politischen Ausrichtung ein wichtiges Feld der Reformpädagogik: Kinder und Jugendliche erlernen selbstbestimmt und spielerisch demokratische Strukturen. In den Lagerparlamenten der Zeltlager (bei den Kinderfreunden ab 1927 »Kinderrepubliken« genannt) erproben sie Politik. Im Hintergrund oben: Die Weimarer Reichsverfassung, insbesondere ihr Sozialkatalog, ist der Stolz der Sozialdemokraten. Unten: Erwerbslosenküche der Friedrich-Ebert-Siedlung Frankfurt am Main, 1932.

1. Arbeiter-Olympiade: Aufstellung der Mannschaften nach Nationalität, Frankfurt am Main 1925. Gegründet 1893, verstand sich der »Arbeiter-Turn- und Sportbund« als Gegenbewegung von Sportbegeisterten aus der Arbeiterschaft gegen die nationalistischen und Arbeiter ausgrenzenden bürgerlichen Sportvereine. So sind auch die selbst organisierten Olympiaden zu verstehen. Die Arbeitersportbewegung erlebt in den 1920er Jahren einen rasanten Aufstieg, nicht zuletzt aufgrund boomender Mannschaftssportarten wie Fußball.

Die Fahne wurde auf dem Rad zu besonderen Feiern mitgeführt. Der »Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität« erlebte 1929 mit 270.000 Mitgliedern in 12.000 Orten seinen Zenit. Er ist seinerzeit die größte Radsportvereinigung der Welt.



Das erste Logo der Arbeiterwohlfahrt.



Marie Juchacz, 1922. Im Zeichen des »Roten Herzens« gründet die SPD-Reichstagsabgeordnete Marie Juchacz zusammen mit anderen Frauen im Dezember 1919 die Arbeiterwohlfahrt. Sie begreifen ihre politische Arbeit als »Wohlfahrtspolitik«, insbesondere für benachteiligte Frauen – alleinerziehende Mütter, aber auch Prostituierte – sowie für Kinder in prekären Verhältnissen.

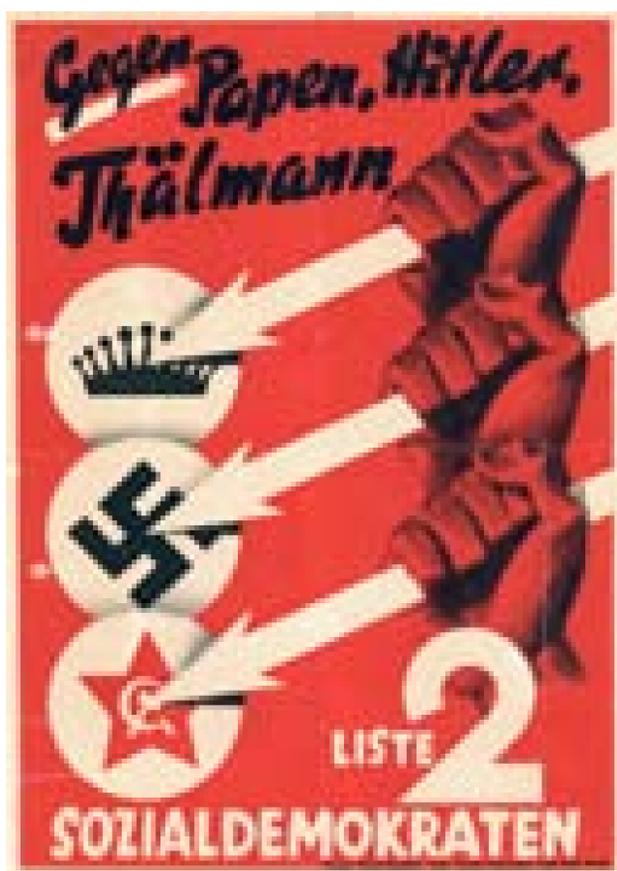
Frau auf Arbeitssuche, 1930.



Hermann Müller wirbt auf dem SPD-Parteitag in Magdeburg 1929 für seine Politik. Die Weltwirtschaftskrise 1929 stürzt die Weimarer Republik in eine tiefe Krise: Die sozialen Systeme werden stark belastet, viele Wähler sind enttäuscht. Reichskanzler Hermann Müller (SPD) kann eine Erhöhung der von ihm eingeführten Arbeitslosenversicherung nicht durchsetzen. Ab 1930 regieren Präsidialkabinette mit Notverordnungen, was von der weiterhin auf die Demokratie setzende SPD toleriert wird.



1918-1933



SPD-Plakat zu den Reichstagswahlen 1932 mit den drei Pfeilen der Eisernen Front.

Mit der klaren Bildsprache des Dreipfeils gegen Monarchisten, Nationalsozialisten und Kommunisten versucht die SPD den Feinden der Republik etwas entgegenzusetzen.

Kampf um die Demokratie

In der krisenhaften Endphase der Weimarer Republik versuchen sozialdemokratische Parlamentarier fast verzweifelt, die zerbrechliche Demokratie mit allen Mitteln des Rechtsstaats zu retten. Aber es gibt auch Kräfte in der SPD, die den Radikalen nicht die Straßen und Säle überlassen wollen. Das 1924 gegründete überparteiliche Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold versteht sich als Republikenschutzorganisation, die maßgeblich von Männern des sozialdemokratischen Arbeitermilieus getragen wird. Angesichts des Aufstiegs der NSDAP gründen Vertreter des Reichsbanners im Dezember 1931 zusammen mit Gewerkschaften und weiteren die Demokratie bejahenden Kräften die Eisernen Front. Doch sie findet nicht genügend Bündnispartner. Letztlich scheitert die Republik an der grassierenden Demokratiefeindlichkeit – insbesondere der alten Machteliten des Kaiserreichs.



Verfassungsfeier des Reichsbanners am 11. August 1929.
Das Reichsbanner, anfangs hauptsächlich aus Veteranen des Ersten Weltkriegs bestehend, versteht sich als wehrhaft, um Veranstaltungen zu schützen, aber nicht als gewalttätig. Es sucht in Aufmärschen überall in der Republik nach symbolischen Repräsentationsformen einer demokratischen Kultur. Doch die Verteidiger der Republik können den 11. August 1929 – den zehnten Jahrestag der Verfassungsunterzeichnung durch den Reichspräsidenten Ebert – nicht zum Volksfest machen.



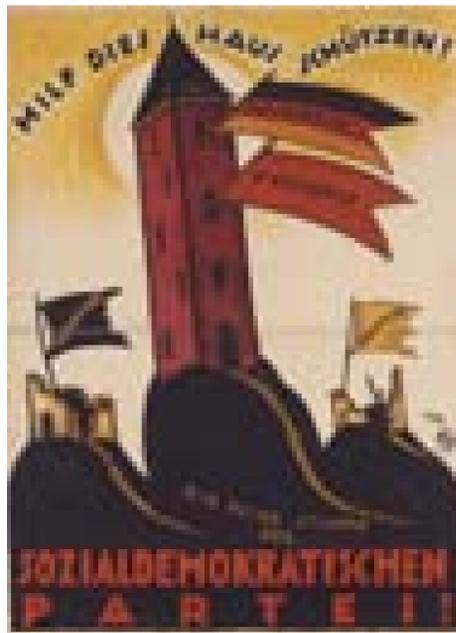
Eiserne Front 1932 in Stuttgart.



Saalschlacht zwischen Angehörigen des Reichsbanners und des kommunistischen Roten Frontkämpferbunds, ca. 1930.
Obgleich »Kozis« wie »Sozis« rote Fahnen führen und ähnliche Lieder singen: Anfang der 1930er Jahre nehmen die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien zu. SPD-Anhänger werfen der KPD »Moskau-Hörigkeit« vor, die KPD verunglimpft die SPD-Anhänger im Gegenzug als »Sozialfaschisten«.



Wahlkampf in Berlin 1932.
In seiner langen Amtszeit versucht Ministerpräsident Otto Braun Preußen zu einem republikanischen Bollwerk der Weimarer Republik auszubauen. Im Jahr 1932 setzt ihn die Reichsregierung unter Reichskanzler Papen mit Rückendeckung des Reichspräsidenten Hindenburg ab, weil politische Demonstrationen angeblich die Ruhe und Ordnung im Land dauerhaft gefährdeten. Mit diesem »Preußenschlag« wird den Sozialdemokraten auch die letzte Bastion entrissen.



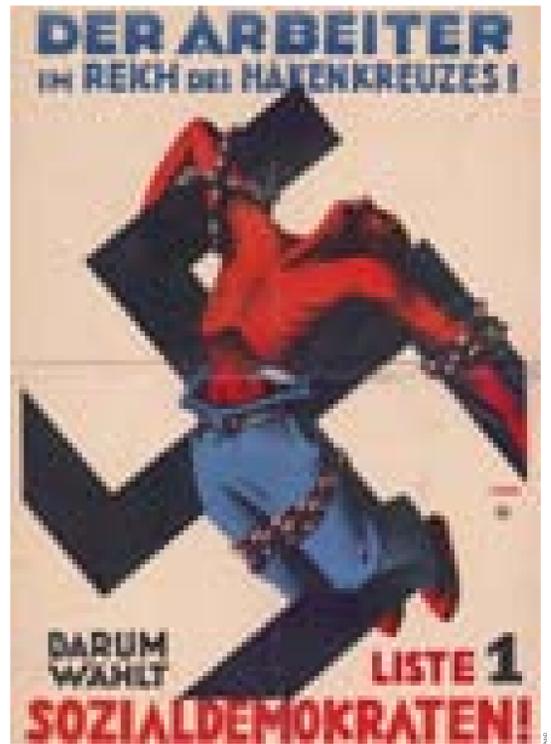
Wahlplakat der SPD zur Reichstagswahl am 6. Juni 1920.
Seit dem Hambacher Fest von 1832 gelten Schwarz, Rot und Gold als Farben der Demokratie. In der Weimarer Republik bilden sie die Nationalflagge. Die SPD und das Reichsbanner pflegten diese Tradition, während die Republikfeinde sie verspotteten.

1918-1933

Zerschlagen und Vertrieben

Die Nationalsozialisten zeigen sich von Anfang an entschlossen, eine Diktatur zu errichten. Als Reichspräsident Hindenburg am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler ernannt, beginnen noch in derselben Nacht die Verhaftungen. Unter dem Vorwand des Reichstagbrands am 27. Februar setzen die Nationalsozialisten eine Terrorwelle gegen Kommunisten und Sozialdemokraten in Gang. Als bei der Reichstagswahl am 5. März noch einmal 7,1 Millionen Wähler (18,3%) für die SPD stimmen, nehmen SA und SS Rache, überfallen Gewerkschaftsbüros und Redaktionen. Am 22. Juni 1933 folgt das offizielle Parteiverbot.

Während viele Sozialdemokraten den Rückzug ins Private antreten, fällt in der Parteispitze die Entscheidung für das Exil. Als Sitz wählt man Prag. Vor dem Einmarsch der Wehrmacht in die Tschechoslowakei im Jahr 1938 flieht die Sopade – wie sich die SPD jetzt nennt – jedoch nach Paris und bereits 1940 weiter nach London. Im Exil finden die Sozialdemokraten mit diversen sozialistischen Splittergruppen zusammen. Unter der Führung der Sopade setzt man sich zum Ziel, das Gespinnst nationalsozialistischer Propaganda zu zerreißen und der Weltöffentlichkeit für den menschenverachtenden Charakter der NS-Herrschaft die Augen zu öffnen.



Das SPD-Plakat zur Reichstagswahl am 31. Juli 1932 hat das »Martyrium« der sozialdemokratischen Bewegung unter der NS-Herrschaft vorweggenommen.



Besetzung des Parteivorstands und Vorwärtsgebäudes in Berlin durch SA im Frühjahr 1933.



Besetzung des Osnabrücker Gewerkschaftshauses durch die SA, 11. März 1933.

Die neuen Machthaber erklären den Kampftag der Arbeiterklasse, den 1. Mai, zum nationalen Feiertag – und erfüllen damit scheinbar eine alte Forderung der Arbeiterbewegung. Die deutschen Gewerkschaften geben sich angesichts der Mai-Feierlichkeiten der Hoffnung hin, vom NS-Regime verschont zu werden. Für Hitler und Goebbels aber sind die wirkungsvollen Inszenierungen am 1. Mai 1933 nur der Auftakt zur Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung am Tag danach. Die Deutsche Arbeitsfront wird als nationalsozialistische Version einer Gewerkschaft installiert.



Mitglieder des Sopade-Vorstands in Prag 1933.

(Erich Ollenhauer, Hans Vogel, Friedrich Stampfer, Otto Wels, Albert Grzesinski und Siegmund Crummenerl). Seit dem Vormarsch der Wehrmacht geraten auch Mitglieder des Sopade-Exilvorstands immer wieder in Gefahr und versuchen über Frankreich, Portugal oder Spanien nach Übersee zu entkommen. Der ehemalige SPD-Finanzminister Rudolf Hilferding begeht 1941 in Paris verzweifelt Selbstmord. Für viele führt der Weg weiter nach England oder Schweden. Damit bewegt sich die SPD im Exil auch politisch buchstäblich auf das Modell westlicher Demokratien zu.

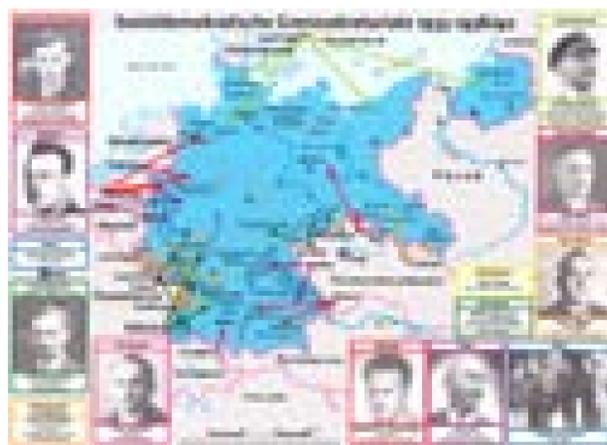


Maifeier sozialdemokratischer Emigranten in London 1940.



Besprechung der Sopade in Prag, 1933: Paul Hertz, der tschechische Journalist Jiri Krejci und Otto Wels.

Sozialdemokratisches Netzwerk zwischen Exil und Reich. Grenzsekretäre etwa in Karlsbad, St. Gallen, Straßburg, Mulhouse, Brüssel, Arnheim, Antwerpen und Kopenhagen fungieren für die Sopade als Informanten; außerdem organisieren sie den Schmuggel von Flugblättern, Handzetteln und Broschüren ins nationalsozialistische Deutschland.





Besprechung des Sopade-Vorstandsmitglieds Fritze Heine (hinten, 3. v. l.), der Widerstand und Fluchthilfe organisiert, Marseille, 1940.

Der SPD-Vorsitzende Otto Weis (hier bei einer Kundgebung der Eisernen Front im Lustgarten, Berlin 1932) begründet das »Nein« zum »Ermächtigungsgesetz«. Das letzte große Symbol des parlamentarischen Widerstands war das »Nein« zum »Ermächtigungsgesetz« am 23. März 1933. Während sämtliche Abgeordnete der bürgerlichen Parteien für Hitlers Ermächtigung stimmten, stellten sich allein die Sozialdemokraten – die Kommunisten waren bereits verhaftet – geschlossen gegen das Ermächtigungsgesetz.

Widerstand und Verfolgung

Der Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime besteht zunächst im Erhalt alter Netzwerke der Arbeiterbewegung, um sich gegen die wirkmächtige NS-Propaganda zu immunisieren. Unter der Tarnung vegetarischer Restaurants werden Widerstandszellen aufgebaut, Flugblätter von Kaufhausdächern geworfen oder regimekritische Stempel unter Reisekoffern befestigt. Doch der Gestapo gelingt es, diesen Arbeiterwiderstand früh zu brechen. Schließlich bezeugen Sozialdemokraten und Gewerkschafter im Umfeld des Hitler-Attentats vom 20. Juli 1944 ihre hohe Risikobereitschaft.

Während Sozialdemokraten unter dem »Sozialistengesetz« noch im Parlament saßen, sitzen sie nun im Konzentrationslager. Dort lassen sadistische Kommandanten den verhassten Sozialdemokraten perfide »Sonderbehandlungen« angedeihen. Kurt Schumacher, den einarmigen Kriegsinvaliden aus dem Ersten Weltkrieg, lässt man Steine sinnlos von einem Ende des Lagers zum anderen schleppen. Doch man darf sich Sisyphos als ungebrochenen Menschen vorstellen: »Was wir hier erdulden müssen«, sagt Schumacher einmal zu einem Mithäftling im KZ Dachau, »wird uns die Berechtigung zur politischen Führung in den Jahren nach Hitler geben«.



Mitglieder der SAP-Jugendgruppe (Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands) in Hannover, darunter Otto Brenner (Mitte, mit Brille). Brenner (1907-1972), der spätere Vorsitzende der IG Metall, baut mit seinem Bruder Kurt in Hannover eine illegale SAP-Gruppe auf. 1935 wird er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Sozialdemokraten werden von der SS gezwungen, oppositionelle Wandparolen zu entfernen, 1933. In den Konzentrationslagern müssen die Gefangenen häufig stundenlang mit dem Gesicht zur Wand aufstellung nehmen, während sich die SS-Aufsicher einen Spaß daraus machen, die Köpfe der Gefangenen von hinten gegen die Mauer zu stoßen.

Der Sozialdemokrat Julius Leber vor dem NS-Volksgerichtshof, 1944.

Die Gruppe, die das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 plant, setzt sich aus Männern und Frauen verschiedener politischer und sozialer Herkunft zusammen. Sie eint der Wille zur Überwindung Hitlers, auch wenn die Vorstellungen über die Zeit danach auseinandergehen. Der Sozialdemokrat Julius Leber, 1937 aus dem KZ Sachsenhausen entlassen, konspiriert im Hinterraum einer Kohlenhandlung. Für die Zeit nach dem Sturz Hitlers ist er als Innenminister vorgesehen. Nach dem Scheitern des Hitler-Attentats wird er, ebenso wie der als Vizekanzler vorgesehene Gewerkschafter Wilhelm Leuschner, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Im Hintergrund: Eugen Kogon, Zeichnung des KZ Buchenwald, um 1943. ...



Ankunft im KZ Oranienburg, August 1933 (Ernst Heilmann, Friedrich Ebert [jun.], Kurt Magnus, Hans Flesch, Heinrich Giesecke, Alfred Braun).

Jüdische Sozialdemokraten wie Ernst Heilmann, SPD-Fraktionsvorsitzender im Preußischen Landtag, sind einer doppelten Verfolgung ausgesetzt. Mit seiner Verhaftung am 26. Juni 1933 im Berliner Café Josty beginnt ein siebenjähriges Martyrium in den Folterkammern des Regimes. Am 3. April 1940 wird er im KZ Buchenwald mit einer Giftinjektion ermordet.



Johanna Kirchner, um 1940.

Johanna Kirchner muss als aktive Oppositionelle bereits 1933 untertauchen. Von Luxemburg und Paris aus unterstützt sie den Widerstand, schreibt Berichte an die Sopade und organisiert Fluchtwege. 1942 wird sie von der Vichy-Regierung ausgeliefert, das Todesurteil wird am 9. Juni 1944 im Zuchthaus Plötzensee vollstreckt.



1933-1945

GERMANY. MAP OF THE OCCUPATION AREAS KARTE DER BESATZUNGS-ZONEN

Kurt Schumacher spricht auf dem Frankfurter Römer, 1946.
So ausgebombt wie die Städte ist auch die Seelenlandschaft von Millionen. Fast zehn Jahre hat Kurt Schumacher in Konzentrationslagern verbracht, den Zusammenbruch begreift er von Anfang an als Befreiung. Auch nach dem Krieg bleibt Schumacher ein Gezeichneteter. Gerade aus diesem Leid aber erklärt sich die unbestreitbare moralische Autorität des neuen SPD-Vorsitzenden: Er hat Widerstand geleistet und Verfolgung ertragen. Für viele Sozialdemokraten wird sein Beispiel zur steten Mahnung.

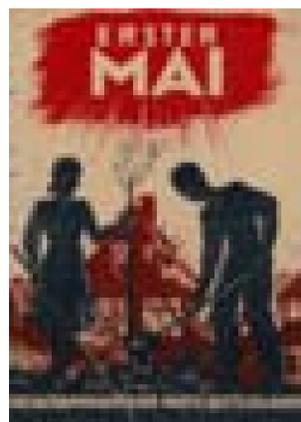
Im Hintergrund oben: Karte der Besatzungszonen im Nachkriegsdeutschland, 1945.



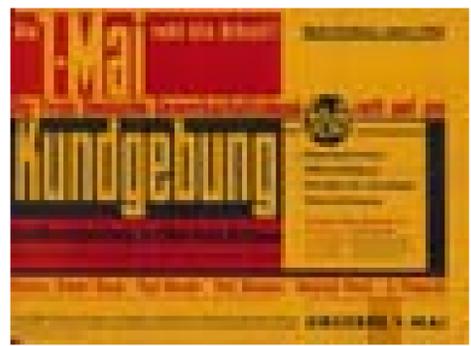
Neustart im Westen

Die SPD knüpft gleich nach Kriegsende 1945 an die kurze demokratische Tradition in Deutschland an. Kurt Schumacher gelingt binnen weniger Monate die Organisation der Nachkriegs-SPD. Zugleich will Schumacher aus dem Scheitern der Weimarer Republik seine Lehren ziehen und den Neubau der Partei betreiben. Die klassischen Milieus gibt es nicht mehr, die SPD will darum ihre soziale Basis über die Industriearbeiterschaft hinaus erweitern. Während manche Deutsche nach dem Krieg in politische Apathie flüchten, engagieren sich andere für den demokratischen Aufbruch, den viele durch die Vergesellschaftung von Kernindustrien radikal gestaltet sehen wollen.

Anfangserfolge der SPD bestärken sie in der Erwartung, wieder Regierungsverantwortung übernehmen zu können. Auf kommunal- und auf Länderebene gelingt Vieles, im Parlamentarischen Rat wirken Sozialdemokraten an der Gestaltung des Grundgesetzes entscheidend mit. Dies lässt die Hoffnungen auf einen Erfolg bei den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag 1949 hoch fliegen.



SPD-Plakat anlässlich der ersten Maifeier in der Britischen Besatzungszone, 1946. Aufruf der Gewerkschaften zum 1. Mai 1946 in Wuppertal.
Nicht nur die Sozialdemokratie gründet sich schnell nach dem Ende des Kriegs, auch die Gewerkschaften formieren sich neu und reklamieren im Schulterschluss mit der SPD den 1. Mai für sich zurück. Das Prinzip der parteipolitisch gebundenen Gewerkschaft wird durch Industriegewerkschaften ersetzt. Sie vereinigen sich in den drei westlichen Besatzungszonen im Oktober 1949 zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).



Zuschauer blicken von außen in die erste Sitzung des Bundestags, 1949.
Im Parlamentarischen Rat blockieren im Museum Koenig ausgestopfte Tiere den Platz für Zuschauer. Die Sitzungen des Deutschen Bundestags können dagegen viele Menschen immerhin von außen verfolgen, da es in der Aula der Pädagogischen Hochschule keine Tribüne gibt.

Im Hintergrund unten: Hinweisschild an der Autobahnabfahrt Bonn, 1948.



Elisabeth Selbert und Carlo Schmid im Gespräch mit einem Journalisten (l.), 1948.
Als Jurist leitet Carlo Schmid den Hauptausschuss des Parlamentarischen Rats. In dieser Funktion hat er maßgeblich Anteil an der Ausformulierung des Grundgesetzes. Elisabeth Selbert erkämpft über Parteigrenzen hinweg und durch öffentliche Unterstützung den Grundgesetz-Artikel 3, Absatz 2: »Männer und Frauen sind gleichberechtigt.«

V.l.: Max Brauer (Erster Bürgermeister von Hamburg), Wilhelm Kaisen (Bremer Bürgermeister), Wilhelm Hoegner (bayerischer Ministerpräsident), Georg August Zinn (hessischer Ministerpräsident), Hinrich Wilhelm Kopf (niedersächsischer Ministerpräsident), Willi Seidel (Oberbürgermeister von Kassel).
Als Verfolgte des NS-Regimes besitzen viele Sozialdemokraten eine hohe moralische Reputation. Deshalb werden sie auf kommunaler und Landesebene von den westlichen Besatzungsmächten mit verantwortlichen Positionen im demokratischen Gemeinwesen betraut. Bei den folgenden Wahlen können sie die Zustimmung der Bevölkerung gewinnen und den sozialdemokratischen Führungsanspruch festigen.



Als Parteizentrale dienen in Bonn zunächst Häuser aus Fertigbauteilen, 1955.
1951 erfolgt der Umzug des SPD-Vorstands von Hannover in die Bundeshauptstadt. Zuerst nur als Provisorium gedacht, bleibt das Gebäude in der Friedrich-Ebert-Allee die Zentrale für 24 Jahre. Der simple Flachbau wird rasch als »Baracke« berüchtigt, die Willy Brandt später an ein AWO-Kinderheim an der Ostsee verschenkt.

»Rosinenbomber« über Berlin, 1948.
Ende Juni 1948 vertiefen sich die Spannungen zwischen Westalliierten und Sowjetunion. Als diese alle Zufahrtswege nach Westberlin blockiert, richten USA und Großbritannien eine Luftbrücke zur Versorgung ein. Der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter wird zum Symbol des Selbstbehauptungswillens der Stadt.



1945-1989/90

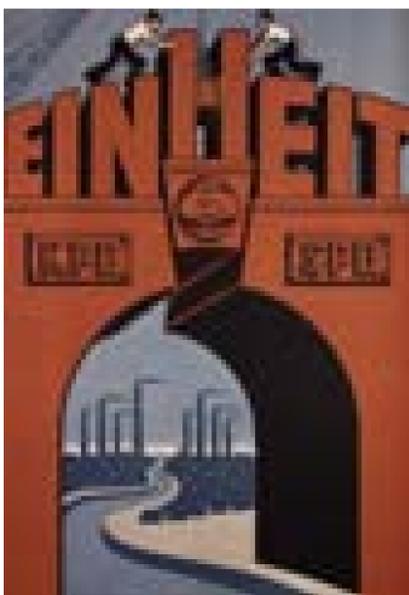
CDU - Königswinter
1000m

SPD - Honnef
1000m

Parlamentarischer Rat
Abfahrt nach Bonn

FAHRE DAS DEMOKRATISCH

Plakat zum Vereinigungsparteitag zur Gründung der SED im Berliner Admiralspalast am 21./22. April 1946.



Hier der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck (l.) und Otto Grotewohl (m.), Vorsitzender der Ost-SPD, bei ihrem historischen Händedruck. Rechts sitzend: der spätere SED-Chef Walter Ulbricht.

Sozialdemokratie in Ostdeutschland

Nach Kriegsende gründet sich die SPD auch in der Sowjetischen Besatzungszone neu. Otto Grotewohl wird zum Vorsitzenden des ostdeutschen Zentralkomitees der Sozialdemokratie gewählt. Während sich Kurt Schumacher in den Westzonen kompromisslos gegen eine Zusammenarbeit mit der KPD ausspricht, verfolgt Grotewohl einen ambivalenten Kurs. Angesichts von Wahlniederlagen drängen die Kommunisten ab Herbst 1945 auf die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien. Mit Unterstützung der Sowjetmacht werden KPD und SPD im April 1946 zur Sozialistischen Einheitspartei (SED) vereinigt.

Wie die Bundesrepublik gründet sich auch die DDR im Jahr 1949. Sie ist ein repressiver Staat, die SED entwickelt sich zur stalinistischen Kaderpartei. Ihre sozialdemokratischen Mitglieder geraten immer stärker unter Druck und werden als »Schumacherlinge« aus der Partei entfernt. Selbst in Sachsen und Thüringen, wo sich die ersten Arbeiterparteien gründeten, ist die sozialdemokratische Tradition bald ausgelöscht.

Plakat der SPD zur Urabstimmung, Berlin 1946. In Berlin findet am 31. März 1946 auf Initiative des späteren SPD-Vorsitzenden Franz Neumann eine Urabstimmung statt. 82 Prozent der an der Wahl teilnehmenden Sozialdemokraten aus den Westsektoren votieren gegen einen sofortigen Zusammenschluss mit der KPD. Im sowjetischen Sektor wird die Aktion nach Öffnung der Wahllokale gewaltsam unterbunden.



Aufständische Arbeiter des 17. Juni 1953 reißen das Sektorenschild des »demokratischen« sowjetischen Sektors nieder.



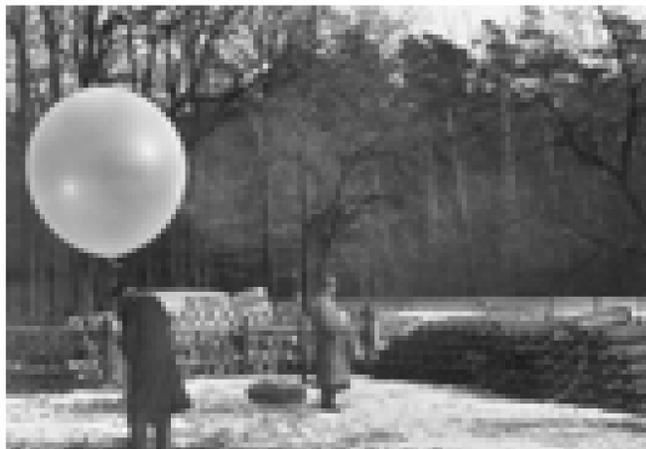
Ein sowjetischer Panzer am 17. Juni 1953 in Ostberlin.

Aus einem Streik der Berliner Bauarbeiter am 17. Juni 1953 erwächst in vielen Großstädten der DDR eine Massenbewegung, in der auch die alten sozialdemokratischen Lieder wieder zu hören sind. Doch sowjetische Panzer zerstören die Hoffnung auf politische Reformen. Tausende Oppositionelle werden verhaftet, das Ulbricht-Regime baut seinen Überwachungsstaat weiter aus.

Solidaritätskundgebung von SPD und DGB in Westberlin am Abend des 17. Juni 1953.



Das Ostbüro der SPD schickt Luftballons mit Flugblättern in die DDR, 1953. Nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD gründet der Parteivorstand um Kurt Schumacher in Hannover ein Ostbüro. Es unterstützt verfolgte Sozialdemokraten und schleust regimiekritisches Material in die Sowjetische Besatzungszone/DDR ein. Mit dem Mauerbau 1961 verschärfen sich die deutsch-deutschen Gegensätze: Das Ulbricht-Regime sperrt seinen Staat ab, zahlreiche Familien werden getrennt.



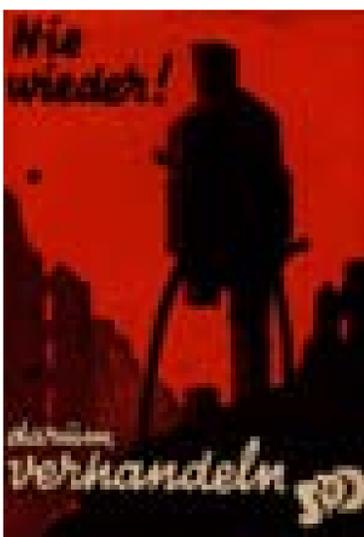
Heutige Gedenkstätte »Roter Ochse«: Unter der preußischen Krone, der NS-Herrschaft und der DDR-Diktatur werden hier Oppositionelle festgehalten. Wer in der DDR in den Verdacht gerät, Kontakt zur West-SPD zu unterhalten, wird nach Bautzen in das »Gelbe Elend« oder in andere Gefängnisse, auch in die Sowjetunion, verschleppt. Mancher hat, wie in den Waldheimer Schauprozessen, sogar mit der Todesstrafe zu rechnen.



1945-1989/90

FAHRE DAS DEMOKRATISCH

SPD-Plakate zu den Bundestagswahlen 1953 und 1957.
Die SPD stellt in den 1950er Jahren die Deutsche Einheit in den Mittelpunkt ihres außen- und sicherheitspolitischen Handelns. Der Preis dafür ist hoch, sie gilt als Nein-Sager-Partei und Gegnerin einer westeuropäischen Einigung – ganz im Gegensatz zur eigentlichen Intention.



Im Hintergrund: Die Bundesrepublik auf dem Weg in die Wohlstandsgesellschaft.

Gustav Heinemann bei einer Anti-Atom-Kundgebung der SPD in Frankfurt am Main, 1958.
Wegen der Wiederbewaffnungspläne der Regierung tritt der ehemalige Bundesinnenminister Gustav Heinemann 1952 aus der CDU aus und gründet mit Erhard Eppler, Johannes Rau, Helene Wessel und anderen die Gesamtdeutsche Volkspartei. Die GVP will zwischen der NATO und dem Ostblock strikte Neutralität wahren und damit die Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands offen halten. Nach mehreren erfolglosen Wahlen löst Heinemann die GVP 1957 auf, tritt zur SPD über und wird zu einem ihrer Wortführer gegen die von Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß geplante Atombewaffnung der Bundeswehr.



Lange Jahre der Opposition

Nach den ersten Wahlen zum Bundestag im Jahr 1949 ist die SPD auf die Opposition zurückgeworfen, die Rollen sind nun für lange Zeit verteilt. Die Sozialdemokratie der Nachkriegszeit manövriert sich selbst ins politische Abseits: innenpolitisch, da eine antikapitalistische Fundamentalopposition in der entstehenden Wohlstandsgesellschaft kaum mehr zu vermitteln ist – außenpolitisch, da Kurt Schumachers Primat der Wiedervereinigung Deutschlands eine europäische Westintegration erschwert, die gesellschaftlich bald weithin akzeptiert wird.

Als bei den Bundestagswahlen 1953 und 1957 die Wahlergebnisse für die SPD dramatisch einbrechen, kommt es in der SPD zu einer umfassenden Erneuerung. Lebhaft wird diskutiert, wie aus der Arbeiterpartei endlich eine Volkspartei entstehen kann. Das Godesberger Programm von 1959 formuliert die Grundwerte der sozialen Demokratie in schlüssiger und bis heute gültiger Form: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Dies gibt den Impuls für eine beispiellose Öffnung der Sozialdemokratie, die Willy Brandt als Kanzlerkandidat mit seinem neuen Stil verkörpert.

Erich Ollenhauer spricht auf dem Parteitag in Bad Godesberg 1959, links von ihm die Traditionsfahne der Sozialdemokratie.
Der Parteivorsitzende Ollenhauer stärkt den Zusammenhalt nach innen und gestaltet Ende der 1950er Jahre den Modernisierungsprozess der SPD bewusst mit. Nach außen betont er zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion nur selten die Rolle der SPD als konstruktive Opposition, etwa mit dem Wiedergutmachungsabkommen für Israel 1952 oder bei der Einführung der dynamischen Rente 1957. Mit seiner Entscheidung, einem Journalisten die Ausformulierung des Godesberger Programms anzuvertrauen, wird auch die Sprache der Partei entschlackt.



Drei von sieben Mitgliedern einer Kommission, die die Reform vordenkten: Fritz Erler, Willy Brandt, Herbert Wehner, Parteitag 1964.
Unter den Reformern findet sich kaum ein gelernter Sozialdemokrat: aus der Zeit vor 1933. Manche, wie Willy Brandt, Fritz Erler oder Ernst Reuter, sind ehemalige Linkssozialisten. Einige Reformer sind zudem akademisch gebildete Quereinsteiger wie Carlo Schmid. Politiker einer jüngeren Generation wie Helmut Schmidt und Karl Schiller werden ihrer Sachkompetenz und persönlichen Ausstrahlung wegen zu Hoffnungsträgern. Sie finden sich in der SPD-Bundestagsfraktion zusammen und setzen neue politische Akzente.



Das Godesberger Programm bekennt sich zum Demokratischen Sozialismus und seinen Wurzeln: klassische Philosophie, christliche Ethik und Humanismus.



Herbert Wehner läutet im Deutschen Bundestag den außenpolitischen Kurswechsel der SPD ein, 30. Juni 1960.

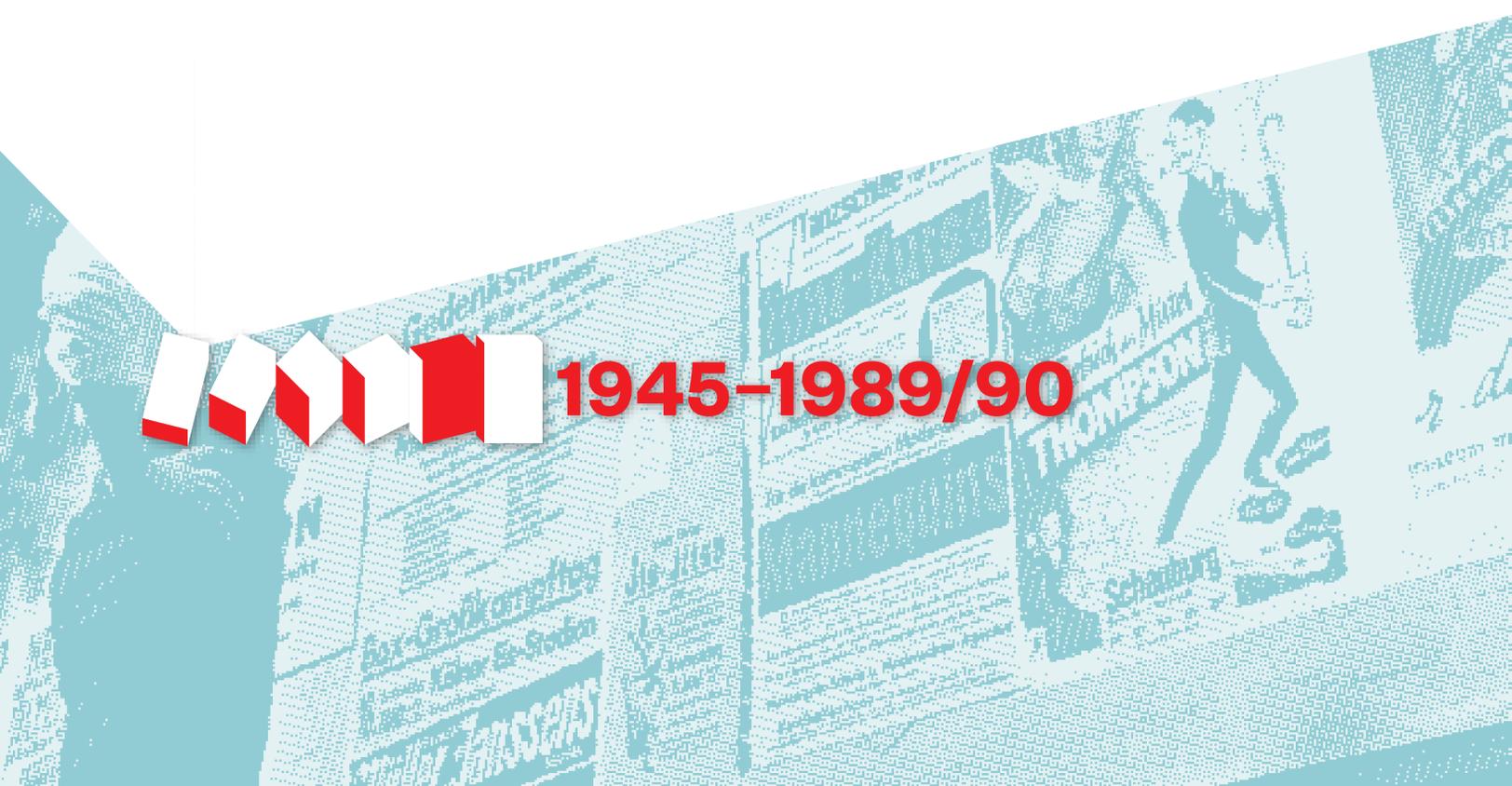
John F. Kennedy auf Besuch in Berlin mit Willy Brandt und Konrad Adenauer, 1963.
Mit Willy Brandt und der programmatischen Öffnung wandelt sich die SPD zur Volkspartei. Brandt wird als Regierender Bürgermeister zum Symbol des freien Berlin und avanciert zum Hoffnungsträger eines Generationswechsels.



Treffen von Wissenschaftlern und Künstlern in Bayreuth anlässlich der Bundestagswahl 1965.
Zum neuen Stil der SPD-Führung um Willy Brandt (hinten, 2. v.r.) gehört seit den frühen 1960er Jahren der Austausch mit Intellektuellen und Künstlern, darunter Ingeborg Bachmann (Mitte, vorn) oder Günter Grass (hinten, 3. v.r.). Die neu gewonnene Modernität der Partei spricht nicht nur Intellektuelle, sondern auch bisher der SPD fernstehende Wählerkreise an.



1945–1989/90





SPD-Mitglieder demonstrieren gegen den Vietnamkrieg, Westberlin 1969. Nicht nur die Notstandsgesetze sind in Sozialdemokratie und Gewerkschaften umstritten. Auch die Ablehnung des Vietnamkriegs findet in der SPD Widerhall, ebenso wie sie die öffentliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit unterstützt.

»Mehr Demokratie wagen«

Die Regierungsbeteiligung in der Großen Koalition (1966–1969) ist Ergebnis der seit 1960 betriebenen »Politik der Gemeinsamkeit«. Ihr liegt vonseiten der SPD ein klares strategisches Kalkül zugrunde: Regierungsfähigkeit zu demonstrieren und damit den Boden für einen Regierungswechsel zu bereiten. Die Reformbemühungen der Großen Koalition sind beachtlich. Die Wirtschaftsrezession kann erfolgreich bekämpft werden, viele Reformen werden angestoßen, vor allem in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sowie in der Justiz. In Ermangelung eines nennenswerten parlamentarischen Gegengewichts entsteht zugleich die sogenannte Außerparlamentarische Opposition (APO). Sie geht insbesondere gegen die Notstandsgesetze, die einen Eingriff des Staats in die Grundrechte ermöglichen, auf die Straße.

Die Große Koalition schafft die Voraussetzung für die eigene Mehrheit: Mit Willy Brandt wird 1969 erstmals ein Sozialdemokrat zum Bundeskanzler gewählt, erstmals sitzen die Unionsparteien in der Opposition. Noch in der Wahlnacht stellt Brandt die Weichen für eine sozial-liberale Koalition – und damit für eine Um- oder Neugründung der Republik.

Letztes Kabinettsreffen der Großen Koalition mit Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU, r.) und Außenminister Willy Brandt von der SPD am 29. September 1969. Die Große Koalition ist eine »Vernunft-ehe«, deren Architekt Herbert Wehner ist. In ihr treffen Gegensätze aufeinander. Der Umgang zwischen dem Bundeskanzler und ehemaligen NSDAP-Mitglied Kiesinger und dem Außenminister und ehemaligen Exilanten Brandt bleibt kühl.



Georg Leber, 1969. Insbesondere die IG Metall mit ihrem Vorsitzenden Otto Brenner engagiert sich im Kampf gegen die in SPD wie Gewerkschaften umstrittenen Notstandsgesetze **Otto Brenner auf einer DGB-Großkundgebung gegen die Notstandsgesetzgebung am 11. Mai 1968 in Dortmund.** Insbesondere die IG Metall mit ihrem Vorsitzenden Otto Brenner engagiert sich im Kampf gegen die in SPD wie Gewerkschaften umstrittenen Notstandsgesetze. Die von der IG Metall in dieser Frage unterstützte Studentenbewegung will in der Arbeiterschaft ihr »revolutionäres Subjekt« finden. Vielleicht ist jedoch die Ernennung eines Gewerkschaftsführers wie Georg Leber zum Bundesminister die eigentlich revolutionäre Neuerung der Zeit.



Gustav Heinemann bei seiner Vereidigung zum Bundespräsidenten, 1. Juli 1969. Mit Gustav Heinemann wird 50 Jahre nach Friedrich Ebert der zweite Sozialdemokrat zum Staatsoberhaupt – wenige Monate vor Beginn der sozial-liberalen Koalition. Bereits als Bundesjustizminister (1966–1969) hat sich Heinemann mit seiner Staatsrechtsreform einen Namen gemacht. Zugleich vertrat er entschieden die Verlängerung der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen. Als Präsident sieht Heinemann den Staat nur als ein Mittel zum Zweck gedeihlichen Zusammenlebens. Als eines seiner wichtigsten Anliegen bezeichnet er die Überwindung der Untertänigkeit und die Erziehung der Deutschen zu mündigen Demokraten.



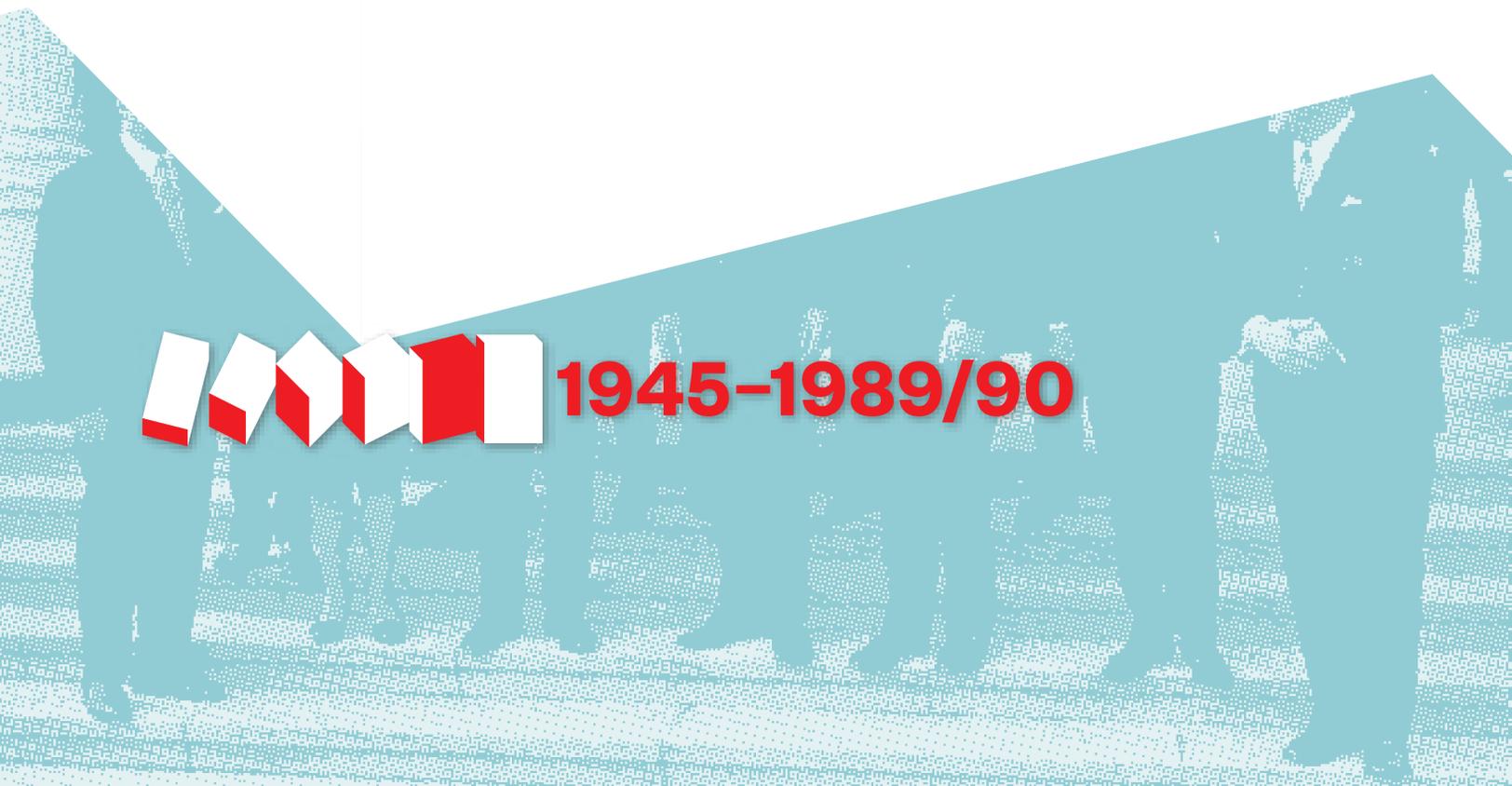
Willy Brandt tritt am Wahlabend des 28. September 1969 vor die Öffentlichkeit. Im Hintergrund: **Gruppenbild mit Dame: Das Kabinett der Regierung Brandt-Scheel, 22. Oktober 1969.**



Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner am Rande einer Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion 1966. Brandt bildet zusammen mit dem Verteidigungsminister Schmidt und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner das zentrale Führungstrio der 1970er Jahre, die »Troika«.



1945–1989/90





Anstecker Bundestagswahlkampf 1972 im optimistischen Orange.
Die SPD war nie ein Kanzler-Wahlverein. Ein Willy-Wahlverein war sie 1972 schon. Seit Babels Zeiten hatte niemand mehr so perfekt die Sozialdemokratie verkörpert. Der entbrannte Wahlkampf 1972 bleibt einzigartig in der Geschichte der Bundesrepublik. Die SPD entwirft ein Reformprogramm zur Verbesserung der Lebensqualität durch mehr Demokratie und Mitbestimmung. Die intensiven Auseinandersetzungen führen zu einer nie zuvor gekannten Politisierung der Menschen. Die Wahlbeteiligung erreicht mit 91,1% einen bis heute ungeschlagenen Höchststand.

Ein sozialdemokratisches Jahrzehnt

Im Frühjahr 1972 muss Brandt sich wegen seiner Neuen Ostpolitik einem Misstrauensvotum stellen, das er übersteht. Neuwahlen sind jedoch unvermeidlich. Die Bundestagswahl wird zu einem Plebiszit über die Ostpolitik und zugleich über Brandt. Mit ihm an der Spitze überflügelt die SPD am 19. November 1972 mit 45,8 Prozent zum ersten Mal auch in absoluten Zahlen die CDU/CSU. Es ist der größte Wahlsieg in der Geschichte der Sozialdemokratie. Und für viele Wahlhelfer sind es die glücklichsten Stunden ihres politischen Lebens – die Politisierung der Gesellschaft erreicht ihren Höhepunkt. Viele (junge) Menschen treten in die SPD ein und sorgen für einen weiteren Rekord: 1976 zählt die SPD eine Million Mitglieder. Dies hat Folgen: Die Partei wandelt sich strukturell. Die akademisch gebildeten Jusos dominieren die Wahrnehmung, die Diskussionen werden immer länger und hitziger.

Neben den innenpolitischen Bestrebungen setzt Willy Brandt vor allem seine Neue Ostpolitik fort. In einer parallelen Politik von vertiefter Westintegration und des Wandels durch Annäherung gegenüber den Ostblock-Staaten trägt Brandt zur Erhaltung und Stiftung von Gemeinsamkeit zwischen den beiden deutschen Staaten bei. In medienwirksamen Großereignissen wie dem innerdeutschen Spitzentreffen 1970 in Erfurt oder in spontanen Symbolhandlungen wie dem Kniefall von Warschau gewinnt er Vertrauen für die Bundesrepublik. Sein Nachfolger Helmut Schmidt setzt diese Politik fort.

Das Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt wird abgelehnt, 27. April 1972.
Im Hintergrund:
Personen-Wahlkampf à la 1972 auf der Straße. – im Vordergrund: Werner Dierckeburg



Jusos mit Horst Ehmke (legend) auf dem SPD-Parteitag in Mannheim 1975.
In den 1970er Jahren bringen die zahlenmäßig starken Jusos neuen Wind in die schon »alte Tante« SPD und teilen sich dabei gleich in mehrere Strömungen auf. Als Reaktion auf den Linksschwenk der Jusos bilden sich regelrechte Parteiflügel heraus.

Erstes innerdeutsches Spitzentreffen zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Willi Stoph, Erfurt 19. März 1970.

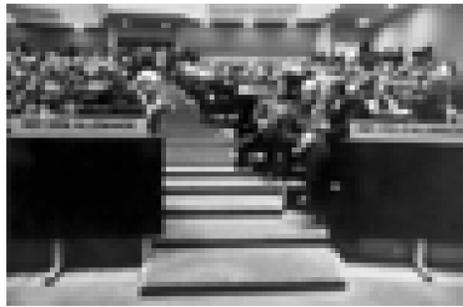


Unterzeichnung des Moskauer Vertrages, August 1970. V.l.: Walter Scheel, Willy Brandt, Leonid Breschnew (stehend), Egon Bahr (stehend), Alexej Kossygin, Andrej Gromyko.
Ob mit dem Passierscheinabkommen mit der DDR 1963, den Ostverträgen mit Moskau und Warschau 1970 oder der Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin 1971 und dem deutsch-deutschen Grundlagenvertrag 1972: Immer geht es Brandt darum, die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten durchlässiger zu machen.



Kniefall vor dem Mahnmahl der Helden des Gettos in Warschau am 7. Dezember 1970.
Mit seiner Geste in Warschau hat sich Willy Brandt nachhaltig national wie international ins kollektive Bild- und Gedächtnis eingeschrieben. Er erhält für seine »Friedenspolitik für ganz Europa« 1971 den Friedensnobelpreis.

Gleichberechtigte Teilnehmer: der spätere Staatsratsvorsitzende der DDR Erich Honecker (l.) und Bundeskanzler Helmut Schmidt (r.), Helsinki 1975.
Nach dem Inkrafttreten der Ostverträge und des Grundlagenvertrags wird 1973 die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) eingesetzt. Nach zweijährigen Verhandlungen kann in Helsinki die Schlussakte unterzeichnet werden. Die Staaten verpflichten sich zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, zur Wahrung der Grenzen sowie zur Anerkennung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Auf diese Schlussakte beziehen sich später die Oppositionsbewegungen in den Ländern des Ostblocks.



1945–1989/90

EBR

WILLY BRANDT

WILLY BRANDT

WILLY BRANDT

WILLY BRANDT

WILLY BRANDT

Helmut Schmidts Fernsehansprache anlässlich der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer durch die RAF im September 1977.

Regelrecht ins Gesicht geschrieben steht dem Kanzler das moralische Dilemma eines politischen Entscheidungsträgers, der den erpresserischen Forderungen der Terroristen aus Gründen der Staatsräson nicht nachgeben kann.



Politische Themen, die seit den 1970er Jahren an Bedeutung gewinnen: Arbeitslosigkeit/Wandel der Arbeitswelt, Umweltskandale und Friedensfragen.
Im Hintergrund: Beim Arbeitsamt.

»Nach dem Boom«

Als 1974 Willy Brandt aufgrund eines Stasi-Spitzels in seiner unmittelbaren Nähe seinen Rücktritt erklärt, übernimmt Helmut Schmidt das Amt des Kanzlers. Infolge von Ölpreisschock, wirtschaftlicher Rezession und beginnenden Problemen des Sozialstaats, Umweltrisiken und aufkeimender Zukunftsangst ist er der medienwirksame Steuer-mann, der Kurs hält.

1976/77 richtet die Sowjetunion nukleare Mittelstreckenwaffen auf Europa. Von der Strategie des »NATO-Doppelbeschlusses«, im Falle nicht erfolgreicher Abrüstungsverhandlungen in Westdeutschland US-amerikanische Pershing-II-Raketen in Anschlag zu bringen, kann Helmut Schmidt große Teile seiner Partei nicht überzeugen. 1982 verlässt die FDP die Regierung, die SPD wird auf die Rolle der Opposition zurückgeworfen. Zugleich erleichtert der Machtverlust die Partei, nun kann sie ihre Programmatik erneuern. Ab 1983 rückt der ökologische Umbau der Wirtschaft in den Vordergrund. Drei Tage nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl im April 1986 beschließt die SPD den Atomausstieg.

Hans-Jochen Vogel und Johannes Rau auf einer Wahlkampfveranstaltung am 28. Februar 1983 in Köln.

Am 1. Oktober 1982 wird der ODU-Fraktions- und Parteivorsitzende Helmut Kohl nach einem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt zum neuen Bundeskanzler gewählt. Bei den Bundestagswahlen 1983 und 1987 unterliegen ihm die SPD-Kandidaten Hans-Jochen Vogel und Johannes Rau. Doch noch während Kohl auf Bundesebene seine Wahlerfolge feiert, übernimmt die SPD zunehmend die Regierungsverantwortung auf Länderebene wie mit Oskar Lafontaine im Saarland 1985 und Björn Engholm in Schleswig-Holstein 1988.



Willy Brandt im Kreis seiner »Enkel«: Oskar Lafontaine, Rudolf Scharping, Björn Engholm, Herta Däubler-Gmelin 1987 in Norderstedt.



Weibliche Parteitage delegierte 1988 in Münster.

Auf diesem Parteitag beschließt die SPD die Frauenquote. Fortan müssen mindestens 40 Prozent der Parteiämter und Mandatslisten mit Frauen besetzt werden.



Weltwirtschaftsgipfel in Bonn 1978. V.l. Helmut Schmidt, Jimmy Carter, Roy Jenkins, Takeo Fukuda, Giulio Andreotti, Valéry Giscard d'Estaing, James Callaghan, Pierre Trudeau.



Konferenz der Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale in Tokio, 1977. Anker Jørgensen, Kalevi Sorsa, Francois Mitterrand, Ryosaku Sasaki, Willy Brandt, Ichio Asukata.

Während Helmut Schmidt maßgeblich die Weltwirtschaftsgipfel als Krisengipfel zur ökonomischen Lageberatung initiiert und stark beeinflusst, wird Willy Brandt auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale 1976 zu deren Präsidenten gewählt. Die Internationale nimmt durch Brandt in den folgenden Jahren eine neue, weltpolitische Rolle wahr und wendet sich der Nord-Süd-Problematik und dem Klimawandel zu.



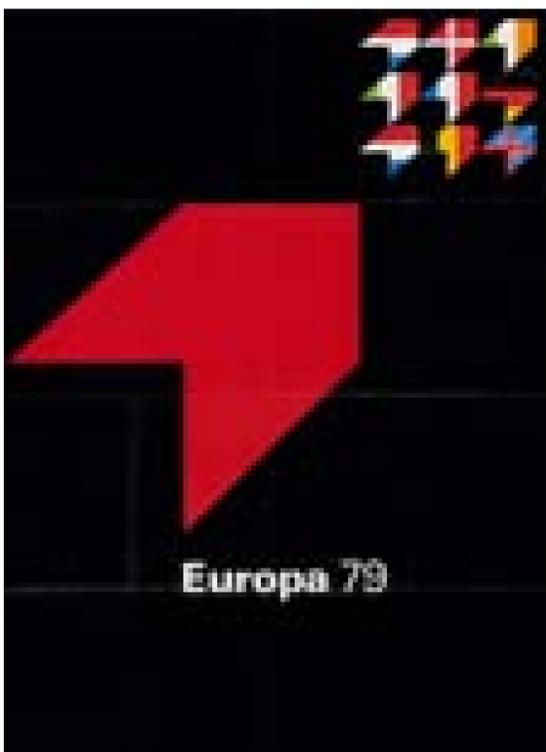
Joschka Fischer bei seiner Vereidigung zum hessischen Umweltminister 1985 durch Ministerpräsident Holger Börner.

Ein Teil der SPD bedauert, dass sich die Grünen als eigene Partei formieren, der andere Teil kann wenig mit der friedens- und umweltbewegten Thematik anfangen. Die politische Rationalität schießt schließlich über den Phantomschmerz, der die Grünen als die ausbleibende Juso-Generation erscheinen lässt: Die erste rot-grüne Koalition in Hessen wird 1985 der Präzedenzfall für Kooperationen.



Plakat zur Europawahl 1979.

Die Sozialdemokraten treiben auf europäischer Ebene die Integration voran. Sie entwickeln die Vision eines sozial geeinten Europa und fördern die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft (EG) um Dänemark, Großbritannien und Irland 1973. Mit der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament haben die Bürgerinnen und Bürger 1979 erstmals das Recht, innerhalb der EG ihre Abgeordneten selbst zu bestimmen.



1945-1989/90



SPD-Plakat anlässlich des Mauerfalls am 9. November 1989.
 Durch den Mauerfall avanciert Bundeskanzler Helmut Kohl zum »Kanzler der Einheit«. Historisch betrachtet ist das Ereignis eher ein Verdienst von Willy Brandt. Auf der großen Kundgebung vom 10. November 1989 ist der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin und Initiator der Entspannungspolitik der Mann der Stunde.



Revolution und doppelte Vereinigung

Im Januar 1989 macht der junge DDR-Theologe Martin Gutzeit dem befreundeten Pfarrer Markus Meckel den Vorschlag, in der DDR eine sozialdemokratische Partei zu gründen. Das wäre eine politische Kampfansage an das System, denn noch herrscht das SED-Regime. Meckel stimmt zu. Am 7. Oktober, während im Palast der Republik die Staatsmacht ihren 40. Geburtstag feiert, gründen im Pfarrhaus von Schwante nördlich von Berlin etwa 40 Oppositionelle die Sozialdemokratische Partei in der DDR, die SDP.



Gründungsmitglieder der SDP in Schwante.



SDP-Gründungsurkunde.
 Von ihrer Entstehungsgeschichte her ist die SDP Teil der neuen Bürgerbewegung. Den Gründern geht es aber nicht nur um eine lose Initiative, sie wollen mit der ersten Neugründung einer politischen Partei den zentralen Machtanspruch der SED infrage stellen. Bereits im Herbst 1989 fordert die SDP eine Demokratisierung der DDR, die Öffnung der Grenzen sowie den Abzug der Roten Armee.

Bereits im März 1985 hatte der neue sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow seine Politik der Öffnung begonnen. Vier Jahre später strömen Flüchtlinge in die deutschen Botschaften von Prag und Budapest, und Bürgerrechtsinitiativen wie »Neues Forum« oder »Demokratie jetzt« demonstrieren, wie ausgehöhlt die DDR wirklich ist. Dann fällt die Mauer. Indem die SPD für eine schrittweise Vereinigung der beiden Staaten plädiert, gerät sie in der Gestaltung der Einheit an den Rand und verliert die Bundestagswahl 1990.

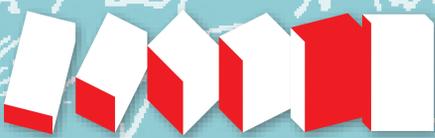


Markus Meckel und Willy Brandt auf dem Außerordentlichen SPD-Parteitag in Berlin 1989. Hans-Jochen Vogel, Willy Brandt, Wolfgang Thierse und Oskar Lafontaine mit dem Manifest »Zur Wiederherstellung der Einheit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands«, 1990. Die SPD nimmt über ihre Mehrheit im Bundesrat Einfluss auf den Einigungsprozess und stimmt sich dabei mit der Volkskammerfraktion der Ost-SPD ab. Als sich am 27. September 1990 die beiden Parteien zusammenschließen, zählt die Sozialdemokratie im Westen 900.000, im Osten etwa 12.000 Mitglieder. Wolfgang Thierse, Vorsitzender der Ost-SPD, wird zum stellvertretenden Vorsitzenden der Gesamtpartei gewählt.

Der westdeutsche Kanzler Helmut Schmidt (r.) zu Besuch beim ostdeutschen Staatschef Erich Honecker im Dezember 1981. Erhard Eppler sieht bei einer Rede im Bundestag zum 17. Juni 1989 die DDR am Ende – nur wenige glauben ihm. In den 1980er Jahren verharret die SPD in den Kategorien ihrer Ostpolitik der 1970er Jahre. Die Konzentration auf die herrschenden kommunistischen Mächten jenseits der Mauer verstellt der deutschen Sozialdemokratie den Blick für die aufkommenden oppositionellen Bewegungen des östlichen Europa, etwa auf die Solidarność in Polen. Zugleich entsteht im Austausch zwischen Ost- und West-Intellektuellen das SPD-SED-Streitpapier, an dem Erhard Eppler federführend beteiligt ist und das von Oppositionellen in der DDR durchaus als Stärkung ihrer Position wahrgenommen wird.



Auf dem Wahlplakat von 1994 ist noch Rudolf Scharping Kanzlerkandidat der SPD. Oskar Lafontaine (r.), erfolgloser Kanzlerkandidat 1990, ist als Finanzminister vorgesehen, während Gerhard Schröder (l.) Wirtschaftsminister werden soll.



1945–1989/90





SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder im Bundestagswahlkampf, Aachen 1998.

Regieren in Zeiten der Globalisierung

Mit ihrem Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder gewinnt die SPD die Bundestagswahlen 1998. Das rot-grüne Projekt markiert nach der sozial-liberalen Koalition 1969 erneut einen regierungspolitischen Paradigmenwechsel, der sich im reformierten Staatsangehörigkeitsrecht und im neuen Lebenspartnerschaftsgesetz manifestiert. Zudem kann die SPD den von ihr seit 1986 geforderten Atomausstieg nun mithilfe der Grünen durchsetzen. In der zweiten Legislaturperiode ab 2002 erfolgen in den Bereichen Arbeitsmarkt und soziale Sicherungssysteme durch die Agenda 2010 harte Einschnitte. Diese programmatisch seit den 1990er Jahren vorbereitete Politik nehmen Viele als Abkehr von sozialstaatlichen Traditionen der SPD wahr.

Die SPD wird bei der Bundestagswahl 2005 ganz knapp nur zweitstärkste Kraft. Ähnlich wie die erste Große Koalition (1966–1969) tritt nun auch die zweite mit großen Reformvorhaben an. Doch ihre hohen Ansprüche kann sie nicht einlösen – bald schon wird alles von der Finanzkrise überlagert. Insbesondere Finanzminister Peer Steinbrück wird zum starken Partner, doch die CDU/CSU kann nun mit sozialen Aspekten punkten. Die Sozialdemokratie verliert als Juniorpartnerin die Wahl 2009 und findet sich in der Rolle der Opposition wieder.



Gerhard Schröder und Franz Müntefering kämpfen auf dem SPD-Parteitag 2004 für die Agenda 2010.

Franz Müntefering ist nicht nur der Macher der ersten Regierung Schröder, er wird zu einem ihrer führenden Köpfe. Ihm gelingt es als SPD-Vorsitzendem 2004/05, der Partei die notwendigen Umbauten des Sozialstaats verständlich zu machen. 2004 aktualisiert er das biblische Bild der »Heuschreckenplage« und stellt damit den kapitalismuskritischen Kern der SPD wieder stärker heraus. 2005 avanciert er schließlich zum Vizekanzler.



Ab Sommer 2004 finden die reformkritischen »Montagsdemonstrationen« immer mehr Zulauf.

Der Streit über die Agenda 2010 führt zur Gründung der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), die sich später mit der PDS zur Partei DIE LINKE vereinigt. Seitdem existiert auch in den westdeutschen Bundesländern eine linke Konkurrenz zur SPD.



Bundespräsident Johannes Rau, Berlin 2000.

1994 wird der langjährige Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens Johannes Rau erstmals Kandidat der SPD für das Amt des Bundespräsidenten, gewählt wird er aber erst 1999. Rau orientiert sich an hohen moralischen Kriterien. Seine Sorge gilt dem Zusammenhalt in der Einwanderungsgesellschaft. Auf dem Historikertag des Jahres 2002 fragt er: »Was bedeutet Geschichte als Quelle für Identifikation und Identität in einer Gesellschaft, in der Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und Kultur zusammenleben? Wie kommt es zu einem »Wir« in einer solchen Gesellschaft?«



Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer (l.) und Gerhard Schröder (r.), 2003.

Durch die Agenda 2010 erfahren die traditionell guten Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie eine harte Belastungsprobe.



Peter Struck ist von 1998 bis 2002 SPD-Fraktionsvorsitzender, 2002 bis 2005 Bundesminister der Verteidigung und von 2005 bis 2009 erneut Fraktionsvorsitzender seiner Partei. Besuch der Bundeswehr in Afghanistan, 2008.

Rot-grün ist kein pazifistisches Projekt: Während Schröder den ersten Golfkrieg 1991 noch ablehnt, wird unmittelbar nach der Bundestagswahl 1998 die Krise im Kosovo zum beherrschenden Thema. Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 lässt Schröder keinen Zweifel an der deutschen Bündnistreue zur USA, im Afghanistan-Einsatz entsendet die Regierung Soldaten. Doch gerade das klare »Nein« zur Beteiligung am Irakkrieg 2003 wird als das eigentliche außenpolitische Verdienst Schröders gesehen.



Starker Abgang: Gerhard Schröder in der »Elefantenrunde« am 18. September 2005.

Schröder nimmt seinen berühmten Auftritt heute mit Humor. Mittlerweile ist das Video dazu längst ein populärer Hit im Internet.

Kurt Beck, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz (l.), und Matthias Platzeck, Ministerpräsident des Landes Brandenburg.

Seit Willy Brandt bekleideten bis 2009 neun SPD-Politiker den Vorsitz der Partei: Hans-Jochen Vogel (1987–1991), Björn Engholm (1991–1993), Johannes Rau (1993, kommissarisch), Rudolf Scharping (1993–1995), Oskar Lafontaine (1995–1999), Gerhard Schröder (1999–2004), Franz Müntefering (2004–2005/2008–2009), Matthias Platzeck (2005–2006), Kurt Beck (2006–2008).



Finanzminister Peer Steinbrück und Kanzlerin Angela Merkel garantieren den Sparerinnen und Sparern, »dass ihre Einlagen sicher sind«, Berlin 2008.

Als die Finanzkrise 2008 die ganze Welt erschüttert, agiert Finanzminister Steinbrück als vertrauenswürdiger Krisenmanager. In seiner Kritik an den »Exzessen« der Finanzwelt wird er an Merkels Seite zum starken Mann. Mit ihm kann die SPD – wie einst mit Karl Schiller oder Helmut Schmidt – weit über ihren Wählerkreis hinaus ihre Wirtschaftskompetenz beweisen.



1989/90–2013



SPD-Wahlplakat, 2012.
Neue Formen der Partizipation: Vor der Landtagswahl 2012 gibt die NRWSPD der Internet-Community die Möglichkeit, Wahlplakate selbst zu kreieren. Über die Einsendungen wird online abgestimmt, mit rund 4.500 Stimmen macht eindeutig das Currywurst-Motiv das Rennen.



SPD in Bewegung, Übernahme des Ruders 2009: SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel und Generalsekretärin Andrea Nahles.
Bei ihrem Amtsantritt räumen Gabriel und Nahles Versäumnisse ihrer Partei ein. Sie wenden sich gegen autokratische Formen der »Basta-Politik«. An der Agenda 2010 bringen sie vorsichtig Korrekturen an. Seitdem arbeiten sie an einer neuen Öffnung der SPD.



Zukunft wird gestaltet: In der Zukunftswerkstatt »Familie« mit Manuela Schwesig, 2010.
Im Frühjahr 2010 startet die SPD sechs Zukunftswerkstätten – wie die von Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier geleitete Werkstatt »Arbeit – Innovation – Umwelt« oder die von Heiko Maas koordinierte Werkstatt »Demokratie und Freiheit« –, um im engem Austausch mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und mit Bürgerinnen und Bürgern Zukunftsfragen zu diskutieren.

What's left?

Mit der dramatischen Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2009 sieht die SPD ihren Status als Volkspartei bedroht. So entscheidet die neue Parteispitze um Sigmar Gabriel und Andrea Nahles, die SPD in dezentralen Gesprächsforen, Bürgerkonferenzen und Zukunftswerkstätten zu öffnen. Politische Debatten werden im 21. Jahrhundert nicht nur am Küchentisch und auf dem Marktplatz geführt, sondern auch im World Wide Web. Wo die Partei zum Netzwerk wird – oder zur »Facebook-Community« – da kann auch politische Praxis zu einer neu gelebten Wirklichkeit werden.

Zugleich wird durch die schwelende Krise seit der Pleite der Lehman-Brothers 2008 immer deutlicher: Die Politik muss den wild wuchernden Finanzkapitalismus einhegen, um ihre Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Es gibt keinen Sicherheitsabstand. Nur so viel scheint sicher: Die postkapitalistische Gesellschaft wird keine sozialistische Gesellschaft sein. Aber sie wird eine sozialere Gesellschaft sein. So sucht die SPD auch in dieser Generation nach den neuen Antworten, die jede Zeit erfordert.



Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück, Brüssel 2009.
Europa will gerettet werden: Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier und Kanzlerkandidat Peer Steinbrück bilden ein Team für die Bewältigung der europäischen Finanzkrise.

Hannelore Kraft bei der Vereidigung zur Ministerpräsidentin, 20. Juni 2012.
Seit 2012 regiert Hannelore Kraft ein Stammland der SPD, Nordrhein-Westfalen, mit rot-grüner Mehrheit.



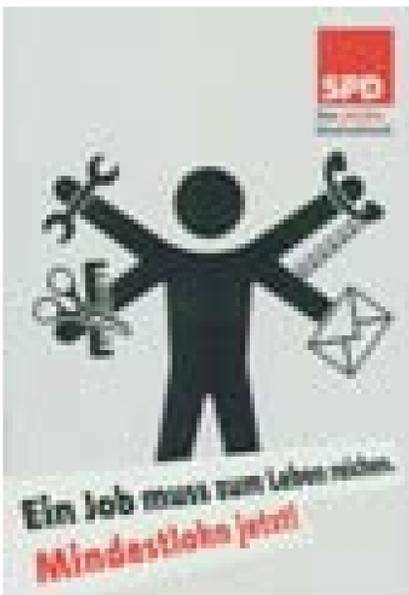
Karl Marx, »Ich hab dir gesagt, dass ich recht habe« – Occupy Wall Street, Poster 2011.
Peter Struck (1943–2012), Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung (m.), und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel treffen 2011 mit dem Vertreter der Occupy-Bewegung Lorenzo Romito (l.) zusammen.
Angesichts unbegrenzten Wachstums der Managergehälter erneuern sich Reflexe, selbst Karl Marx' geschärftes Bewusstsein für die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus erfährt eine Renaissance. Bewegungen wie Attac und Occupy verdeutlichen, wie stark die Kritik am entfesselten Finanzkapitalismus ist, und regen zur Diskussion an.



Helmut Schmidt auf dem SPD-Parteitag in Berlin 2011.
In hohem Alter schlägt Helmut Schmidt nicht nur Respekt entgegen, er wird nun auch verehrt. Seine Rede auf dem Parteitag 2011 wird frenetisch bejubelt und im Anschluss 100.000-fach im Netz angeschaut. Er wird zum Gewissen der Nation.



Themenplakate der SPD seit 2007.
Neue alte Themen: Die SPD wird mit klassischen Themen der Arbeiterbewegung wie Bildung und fairen Löhnen wieder sichtbar.



Diese Ausstellung beruht auf der Ausstellung »150 Jahre deutsche Sozialdemokratie. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!« der Friedrich-Ebert-Stiftung. www.fes.de/150jahre

1989/90–2013